TIROLER GEMEINDEZEITUNG

OFFIZIELLE ZEITSCHRIFT DES TIROLER GEMEINDEVERBANDES

Aus dem Inhalt

- Die Meinung des Präsidenten 2/3
- Stanzach hat das Sagen 4/5
- Städtetag in Innsbruck 8
- Tiroler Gemeindeakademie 10/11
- Gemeinden als Partner 32/33
- Kooperationen sind wichtig 38/39
- Aus der Geschäftsstelle 44-47

Ausgabe 7/8 2016

Besuchen Sie uns auch im Internet!
www.gemeindeverband-tirol.at
Telefon: 0512/587130
Anschrift:
Adamgasse 7a
6020 Innsbruck

„Sponsoring Post“
Verlagspostamt
6020 Innsbruck
GZ 02Z030434 S

Europäischer Dorferneuerungspreis für Fließ

Foto: Gemeinde Fließ

Am Anfang stand der Wunsch der Oberländer Gemeinde, das Ortszentrum von Fließ wieder zu einem attraktiven Zentrum des kommunalen Lebens zu entwickeln. Am Ende entstand ein Projekt, das inzwischen mit dem Europäischen Dorferneuerungspreis 2016 ausgezeichnet wurde.

Seiten 16/17

Die Meinung des Präsidenten

Liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, geschätzte Leser

„Wir leben in einer sich stark wandelnden Gesellschaft. Die Anforderungen in der Pflege, im gesamten Sozialbereich oder auch die Landflucht betreffend steigen. Damit verbunden muss der Finanzausgleich Impulse setzen“, sagt Finanzminister Hans Jörg Schelling. Er wünscht sich eine klare Aufgabenverteilung. „Zuständigkeit und Verantwortlichkeit gehören in eine Hand“, so der Finanzminister bei der vom Tiroler Gemeindeverband und GemNova organisierten Veranstaltung „Finanzausgleich neu – Auswirkungen auf die Tiroler Gemeinden“, die am 09.06.2016 im großen Landhaussaal in Innsbruck stattfand und großen Anklang fand.

„Unsere Kunden sind die Bürgerinnen und Bürger, und es gilt, im Sinne unserer Kunden zu agieren.“

Dem kann ich nur zustimmen, denn unsere Kunden sind die Bürgerinnen und Bürger, und es gilt, im Sinne unserer Kunden zu agieren. Das Beispiel der Kinderbetreuung, das auch Finanzminister Schelling genannt hatte, bietet sich hierzu besonders gut an, denn in Tirol tut sich in dieser Hinsicht viel. Durch die Gründung der GemNova Bildungspool Tirol gem. GmbH nehmen wir eine Vorreiterrolle ein. Ab dem kommenden Schuljahr übernimmt GemNova Bildungspool die Anstellung von FreizeitpädagogInnen und SchulassistentInnen, für die bisher in der Regel die Gemeinden oder Gemeindeverbände als Schulerhalter zuständig waren. Damit vereinfacht sich die Verwaltungstätigkeit von Gemeinden enorm, denn durch die zentrale Anstellung, den flexiblen und bedarfsgerechten Einsatz von Personal und die komplette Abrechnung über den GemNova Bildungspool minimieren sich Aufwand und Kosten hinsichtlich Personaladministration und -verwaltung.

Neben der gesellschaftlichen Anforderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt uns auch die Flüchtlingsthematik seit letztem Jahr immer wieder vor neue Herausforderungen. Die schnelle Integration in die Gesellschaft erfordert vielfältige Lösungsansätze. Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Unterstützung im Erlernen der deutschen Sprache, denn das gegenseitige Verstehen ist zentral im Miteinander und ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Eingliederung in die Gesellschaft. Die GemNova organisiert im Auftrag des Landes Tirol und TSD an derzeit 56 Standorten mit über 50 LehrerInnen Deutschkurse. Dieses hauptamtliche Angebot ist für die Tiroler Gemeinden kostenlos. Ich kann nur allen Gemeinden empfehlen, dieses Angebot in Anspruch zu nehmen und mit den zuständigen Personen bei GemNova Kontakt aufzunehmen.

Ein weiteres für mich wichtiges Anliegen ist das aktive Vorbauen gegen Gemeindefusionen – Gemeindekooperation ist dabei das Schlüsselwort. Im aktuellen GemNova-Magazin hatte ich die Möglichkeit, mit LR Johannes Tratter über dieses Thema, das immer wieder in den Vordergrund rückt, zu diskutieren. Die Eigenständigkeit von vielen Gemeinden muss durch sinnvolle Kooperationen gesichert werden und hierzu bietet sich die Beratung durch GemNova an. Ausgehend von einer exakten Analyse der Ist-Situation bis hin zur Zielklärung bietet GemNova eine professionelle Begleitung, um die Segel für die Zukunft zu setzten. Das garantiert Qualitätssicherheit, günstige Kosten und professionelle Abwicklung. Aber auch die Rechtssicherheit hinsichtlich öffentlicher Ausschreibungen ist durch die GemNova Juristen und deren umfangreichen Erfahrung garantiert. Ein zentraler Ansprechpartner für alle Serviceleistungen reduziert den Verwaltungsaufwand und spart Kosten.

Infrastrukturprojekte stellen Gemeinden vor immense Herausforderungen. Ein Gebäude auf hohem Qualitätsniveau und optimaler Funktionalität errichten zu lassen, und dabei Kosten, Termine und rechtliche Rahmenbedingungen im Griff zu haben ist schwierig. Viele von uns können davon ein Lied singen. Aus dem Grund begleitet

die GemNova Gemeinden auf diesem Themenfeld. Viele laufenden Projekte vom Kaunertal über St. Leonhard bis Vals und Walchsee zeigen, dass Gemeinden einen Unterstützungsbedarf haben und dass es Sinn macht Spezialisten an seiner Seite zu haben, die ein Projekt ganzheitlich und gesamthaft sehen und in der Umsetzung begleiten können.

Allzu gut wissen wir, wie sich die Kosten in der Pflege in den letzten Jahren rasant nach oben entwickelt haben. Und wir wissen auch alle, dass diese Entwicklungen weitergehen werden. Umso wichtiger war es mir, dass wir uns in dem Bereich als Gemeindeverband noch professioneller aufstellen und somit haben wir vor nunmehr einem Jahr mit Unterstützung des Landes Tirol einen Pflegekoordinator bei GemNova beschäftigt, der die Gemeinden und Gemeindeverbände bei allen Themen der stationären und mobilen Pflege unterstützen kann. Erste Erfolge machen sich bemerkbar und wir sehen, dass der Bedarf absolut gegeben ist.

Auch mit nachhaltiger Beschaffung sind Kosten zu sparen. Das zeigt sich eindrucksvoll anhand einer Elektromobilitäts-Analyse. GemNova bietet derzeit für alle Tiroler Gemeinden die kostengünstige Möglichkeit einer Fuhrparkanalyse. Mittels Datenlogger werden alle gefahrenen Kilometer inklusive des individuellen Fahrverhaltens analysiert und ausgewertet. Somit kann nach Ablauf der Analyseperiode eine exakte Auswertung mit einer genauen Kostenaufstellung der möglichen Einsparungen (Kosten und CO2) bei einer Umstellung auf Elektroautos erstellt werden. Diese Zahlen sind die Basis für eine zukunftsweisende Entscheidung. Weitere Beispiele einer nachhaltigen Beschaffung können Sie jederzeit in der aktuellen Broschüre „Nachhaltig beschaffen. Eine Orientierung für Gemeinden“, die vor kurzem erschienen ist, nachlesen. Viele Nachahmer wären wünschenswert.

Anfangs habe ich vom Finanzausgleich geschrieben, in dem Zusammenhang möchte ich noch auf die VRV verweisen. Diese „Drei-Komponenten-Rechnung“ bringt wesentliche Veränderungen im

Haushaltswesen der Gemeinden. GemNova ist in unserem Auftrag bereits in einer Projektgruppe mit Kufgem und Dr. Helmut Schuchter. um alle Gemeinden bei der Umsetzung bestmöglich zu unterstützen und die Kosten der Umstellung möglichst gering zu halten.

An den vielen Themen, bei denen GemNova zwischenzeitlich die Gemeinden begleitet und den vielen positiven Rückmeldungen zu unserem gemeinsamen Tochterunternehmen, sehe ich, dass es sich gelohnt hat, die damalige Idee auch umzusetzen. Und es freut mich, wenn viele Gemeinden von den Vorteilen einer Zusammenarbeit mit GemNova profitieren und neben einer fachlich qualifizierten Begleitung durch GemNova auch Kosten sparen und somit den Gedanken der Gemeindekooperationen mittragen und eine eigenständige Zukunft der Gemeinden sicherstellen,

meint Euer
Ernst Schöpf

„Allzugut wissen wir, wie sich die Kosten in der Pflege in den letzten Jahren rasant nach oben entwickelt haben. Und wir wissen auch alle, dass diese Entwicklungen weitergehen werden.“

Buchhalterisch hat Stanzach das Sagen

Das Außerfern mit seinen vielen Kleingemeinden ist prädestiniert für interkommunale Zusammenarbeit. Diese wird etwa auch in der 441 Einwohner (Stand: 1. Jänner 2016) starken Kommune Stanzach im Lechtal praktiziert. Dem dortigen Gemeindeamt obliegt nicht nur die Geschäftsführung für den Abwasserverband Lechtal, es wird auch die Buchhaltung für Namlos, Gramais und Kaisers erledigt. Auch in Bauangelegenheiten ist Stanzach Ansprechpartner.

Foto: Land Tirol/Frischauf

Hanspeter Außerhofer
Bürgermeister
von Stanzach

Gemeindeamt
Stanzach
6642 Stanzach

Tel.05632 - 282-30
Fax: 05632 - 282-31

E-Mail:
gemeinde@stanzach.tirol.gv.at

Internet:
www.stanzach.at

Foto: Peter Leitner

Über das Gemeindeamt Stanzach läuft die Buchhaltung für vier Gemeinden. Außerdem obliegt den Mitarbeitern auch die Geschäftsführung des Abwasserverbandes.

Während interkommunale Zusammenarbeit in anderen Regionen des Landes noch ein Fremdwort war, wird diese im Großraum Stanzach schon seit vielen Jahren intensiv gepflegt. Seither obliegt die Ausarbeitung der Buchhaltung auch für die Seitentalgemeinden Namlos (seit 1978), Gramais (seit 1986) und Kaisers (seit 1987) der Finanzverwaltung der Gemeinde Stanzach. Diese war überdies von 1997 bis 2001 für den Gemeindesteuerprüfungsvberband zuständig.

Dies macht vor allem deshalb Sinn, da die Gemeindeämter in den Seitentalkommunen nicht durchgehend besetzt sind. Insofern wären die mannigfaltigen Aufgaben, welche alleine die Buchhaltung mit sich bringt, dort kaum zu bewältigen.

So obliegt es der Finanzchefin von Stanzach, Eva Maria Koch, die einzelnen Buchhaltungen aufzuarbeiten und dann der jeweiligen Gemeinde wieder zur Verfügung zu stellen.

„Ich bin inzwischen seit vier Jahren im Amt, habe am Anfang natürlich eine gewisse Einarbeitungszeit benötigt, um alles auf die Reihe zu bringen. Inzwischen läuft die Zusammenarbeit mit Namlos, Gramais und Kaisers aber völlig reibungslos. Wobei es in den Wintermonaten mit den jeweiligen Rechnungsabschlüssen und Voranschlägen schon mal ziemlich stressig werden kann“, erklärt Koch.

Wichtig sei es vor allem, stets einen Ansprechpartner vor Ort zu haben, wobei diese Rolle zumeist der amtierende Bürgermeister ausfüllt. Eine neue Herausforderung ergibt sich aktuell daraus, dass seit den Wahlen im Februar in Kaisers mit Gemeindechef Norbert Lorenz ein

Finanzverwalterin Eva Maria Koch übernimmt die Buchhaltung für Stanzach, Namlos, Gramais, und Kaisers. Gemeindesekretär Christoph Lechleitner steht für Fragen im Meldewesen und in Bauangelegenheiten zur Verfügung.

neuer Bürgermeister regiert und auch die Gemeindeamtsleiterin neu bestellt wurde. „Das muss sich jetzt natürlich in der Zusammenarbeit alles erst wieder neu einspielen, aber ich erwarte mir diesbezüglich überhaupt keine Probleme“, zeigt sich Koch optimistisch.

Neben der Buchhaltung ist die Gemeinde Stanzach für die Seitentalgemeinden auch Ansprechpartner im Meldewesen und in Bauangelegenheiten. Über einen gewissen Zeitraum wurden die Baubescheide von Namlos generell von Stanzach aus erstellt. Als Ansprechpartner dafür fungiert Gemeindesekretär Christoph Lechleitner. „Ich bin bei Verfahrensabläufen gerne behilflich, kann da jederzeit meine Unterstützung anbieten“, lässt dieser wissen. Die beiden Mitarbeiter der Gemeinde Stanzach betonen überdies, dass es im gesamten Lechtal eine gute Kommunikation zwischen den einzelnen Kommunen gibt. Koch: „Wir tauschen uns mehrmals die Woche telefonisch aus. Jeder kann vom anderen etwas lernen. Das Klima ist wirklich ausgezeichnet und fördernd für die tägliche Arbeit.“

Lechleitner erachtet es als äußerst sinnvoll, wenn gewisse Aufgaben auf eine Gemeinde konzentriert werden. „Zwanghafte Fusionen wären sicher nicht praktikabel, zumal dadurch die Identität der Gemeinden verloren gehen würden. Eine intensive Zusammenarbeit macht aber in jedem Fall Sinn. Dementsprechend wird diese bei uns auch gelebt“, sagt der Gemeindesekretär im Gespräch mit der *Tiroler Gemeindezeitung*.

Peter Leitner

Tiroler Gemeindeverband im Internet:

www.gemeindeverband-tirol.at

KOMMUNALMESSE 2016

www.diekommunalmesse.at

6.-7. Oktober 2016, Messe Klagenfurt

Im Rahmen des 63. Österreichischen Gemeindetages

Jetzt informieren!
www.diekommunalmesse.at

GEMEINSAM HEIMAT GESTALTEN

Österreichs größte Fachmesse für Gemeinden

Innovative Ideen und Lösungen auf 10.000 m² Ausstellungsfläche

ÖSTERREICHISCHER KOMMUNALVERLAG

Wirtschaftsfaktor Raiffeisen in Tirol

Die 74 Tiroler Raiffeisenbanken mit ihren 246 Bankstellen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Wertschöpfung und nachhaltigen Entwicklung in unserem Land. Zudem bildet Raiffeisen die größte Gemeinschaft des Landes: Mit fast 120.000 Mitgliedern ist jede sechste Tirolerin, jeder sechste Tiroler direkt beteiligt und damit Eigentümer. Von dieser Kraft profitieren auch Tirols Gemeinden.

In der Region verwurzelt

Mit einem flächendeckenden Bankstellennetz ist Raiffeisen in fast allen Gemeinden Tirols vertreten und der erste Ansprechpartner für Bürgermeister und Finanzverwalter der Gemeinden. Eine Raiffeisenbank ist praktisch immer in der Nähe und damit vor Ort präsent. Die Beraterinnen und Berater kennen und verstehen die Bedürfnisse ihrer Gemeinde und wissen, was ansteht. Persönliche Nähe, partnerschaftliche Beratung, verantwortungsvolle Angebote und rasche Entscheidungen zählen dabei ebenso zu den grundlegenden Prinzipien wie ein nachhaltiges Engagement vor Ort. Aus ihren erwirtschafteten Gewinnen unterstützen die Tiroler Raiffeisenbanken seit jeher die Bereiche Soziales, Bildung, Kultur und Sport in allen Teilen des Landes – in den vergangenen drei Jahren mit 15 Millionen Euro.

Wertschöpfung in Tirol für Tirol

Mit einem Steueraufkommen von rund 70 Mio. Euro hat Raiffeisen in Tirol auch eine hohe regionalökonomische Relevanz. Dass diese Steuern auch dort bezahlt werden, wo sie anfallen, nämlich in Tirol, ist für den Tiroler Raiffeisensektor eine Selbstverständlichkeit. Da Raiffeisen regional stark verankert ist, gilt das Hauptinteresse einer positiven Entwicklung der Gemeinden. Bei allen wirtschaftlichen Überlegungen gilt zudem der Grundsatz: Aus der Region – für die Region. So wird beispielsweise ein besonderes Augenmerk darauf gelegt, alle Investitionsaufträge an Betriebe der heimischen Wirtschaft zu vergeben. 2015 waren das in Summe 25 Mio. Euro. Mit 2.900 Arbeitsplätzen zählt Raiffeisen in Tirol auch zu den größten privaten Arbeitgebern.

Tiroler Gemeinden bauen auf Raiffeisen

Bürgerinnen und Bürger stellen – zu Recht – hohe Ansprüche an Städte und Gemeinden. Moderne Lebensräume sollen geschaffen und die Lebensqualität dadurch gesteigert werden. Doch große Projekte stellen für Gemeinden eine finanzielle Herausforderung dar. Bauarbeiten an Schulen, Gemeindehäusern oder Feuerwehrhallen benötigen nicht nur eine sorgfältige und gute Planung, sondern auch viel Weitblick und eine kalkulierbare sowie sichere Finanzierung. Das solide genossenschaftliche Geschäftsmodell sowie die Kombination von Kundennähe und maßgeschneiderten Finanzierungsmöglichkeiten macht Raiffeisen seit mehr als 125 Jahren zum starken Partner für Gemeinden und Städte in ganz Tirol.

pr

Foto: Forcher/Raiffeisen

Raiffeisen-Experte MMag. Alexander Smith (Raiffeisen Kommunalbetreuung Tirol) beantwortet Ihre Fragen und bespricht Ihr Vorhaben auch gerne persönlich mit Ihnen. Für Sie erreichbar unter der Telefonnummer 0512 5305-13608 oder per E-Mail an alexander.smith@rlb-tirol.at.

66. Österreichischer Städtetag in Innsbruck

Erfolgreiches kommunales Treffen in Tirols Landeshauptstadt

Beim Empfang der Stadt Innsbruck: Prof. Dr. Leoluca Orlando (Bürgermeister von Palermo), Prof. Helmut Mödlhammer (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes), Bürgermeisterin Mag.a Christine Oppitz-Plörer, Finanzminister Dr. Hans Jörg Schelling, Bürgermeister Dr. Michael Häupl (Präsident des österreichischen Städtebundes).

(IKM) Der Österreichische Städtebund ist die kommunale Interessenvertretung von 250 Städten und größeren Gemeinden, die einmal jährlich einen Städtetag organisiert. Bereits zum achten Mal in der Geschichte der dreitägigen Veranstaltung war Innsbruck von 08. bis 10. Juni das Podium für die Tagung der Kommunen und des österreichischen Städtebundes.

„Innsbruck hat sich anlässlich des Österreichischen Städtetages abermals als kompetenter und verlässlicher Partner auf dem Congress- und Messesektor präsentiert. Darüber hinaus war es möglich, die Tiroler Landeshauptstadt erneut mit ihren Alleinstellungsmerkmalen zu positionieren“, betont Bürgermeisterin Mag.a Christine Oppitz-Plörer in ihrem Resümee. „Umfassend zu diskutierenden Inhalte bildeten die Fragen des Finanzausgleichs und der Flüchtlingsintegration“, fasst Oppitz-Plörer als Vorsitzende der Landesgruppe Tirol zusammen: „Zu letzterem gab uns ein erstmals durchgeführter vertiefender Arbeitskreis mehr Zeit für Diskussionen.“

Traditionell orientiert sich der Österreichische Städtetag thematisch an der weltpolitischen Lage. Zusätzlich neben der Flüchtlingsintegration bildeten die Blöcke zum neuen Finanzausgleich, stadtregionalem Verkehr sowie Geoinformationen und E-Mobilität Schwerpunkte.

Hochkarätig war auch die Besetzung: Neben Finanzminister Dr. Hans Jörg Schelling und dem saarländischen Minister für Inneres und Sport, Klaus Bouillon, stand u.a. der Flüchtlingskoordinator der österreichischen Regierung, Dr. Christian Konrad, anlässlich der Diskussionsforen zur Verfügung.

Heuer nahmen rund 1.000 TeilnehmerInnen – BürgermeisterInnen, Stadt- und GemeinderätInnen sowie VerwaltungsmitarbeiterInnen – aus den Mitgliedskommunen teil. Damit war der Städtetag ein wesentlicher wirtschaftlicher Faktor. Buchungen aus 59 Städten, 412 gebuchte Zimmer, eine durchschnittliche Nächtigungsdauer von zwei Tagen sowie ein Bruttogesamtumsatz von 115.680 Euro sprechen eine deutliche Sprache.

KR

NEUE HEIMAT TIROL
einfach Zuhause

5 Euro-Wohnungen

Leistbares Wohnen ist und bleibt ein Grundbedürfnis der Tiroler Bevölkerung.
Mit den 5 Euro-Wohnungen setzt die NEUE HEIMAT TIROL in enger Zusammenarbeit mit dem Land Tirol/Abteilung Wohnbauförderung neue Maßstäbe für leistbares Wohnen.
In der Bezirkshauptstadt Schwaz wird derzeit das tirolweit erste Projekt umgesetzt.
Beim angepeilten Endmietpreis von 5 Euro pro m² sind Betriebs- und Heizkosten sowie Umsatzsteuer bereits inkludiert.

Gerne möchten wir auch in Ihrer Gemeinde ein Projekt umsetzen!

Dir. Hannes Gschwentner, (0512) 3330-162, gschwentner@nht.co.at
Prof. Dr. Klaus Lugger, (0512) 3330-163, lugger@nht.co.at

NEUE HEIMAT TIROL
Gemeinnützige WohnungsGmbH
Gumppstraße 47, A-6023 Innsbruck
Tel.: (0512) 3330, nhtirol@nht.co.at
www.neueheimattirol.at

NHT

Weiterbildung für Gemeindebedienstete im Rahmen der Tiroler Gemeindeakademie

Mag. Franz Jenewein
Leiter des Tiroler Bildungsinstitutes Grillhof

Grillhofweg 100
6080 Vill

Tel.0512 3838

E-Mail:
office@grillhof.at

Bereits seit Jahren bietet das Tiroler Bildungsinstitut Grillhof in Kooperation mit dem Tiroler Gemeindeverband und der Abteilung Gemeinden des Landes Tirol Seminare, Fachtagungen und Lehrgänge an. Im Rahmen der Tiroler Gemeindeakademie werden Lehrgänge für Führungskräfte, AmtsleiterInnen, FinanzverwalterInnen und Fachseminare für die jeweiligen Zielgruppen angeboten.

Die Gemeinden als Keimzelle der öffentlichen Verwaltung stehen vor einer permanenten Herausforderung. Neue gesetzliche Veränderungen, der Einsatz neuer Medien sowie vernetzte Problemstellungen erfordern von den Gemeindebediensteten eine fundierte Ausbildung und die Möglichkeit einer permanenten Weiterbildung. Lebensbegleitendes Lernen wird in den Gemeinden gelebt und daher ist es wichtig, dass immer wieder Fortbildungen angeboten werden.

Führungskräftelehrgänge

Mittlerweile wurden bereits acht Führungskräftelehrgänge angeboten. Ab Oktober 2016 werden wir für die Zielgruppe der BürgermeisterInnen und VizebürgermeisterInnen einen eigenen Lehrgang anbieten. Die inhaltliche und zeitliche Ausrichtung des Lehrgangs wird auf die Anliegen und Bedürfnisse der Zielgruppe abgestimmt. Persönlichkeitsorientierte Seminare, Kommunikation, Arbeitstechniken, Finanzmanagement und gemeindespezifische Schwerpunktthemen sind die Kerninhalte des Lehrgangs. Für die Zielgruppe der AmtsleiterInnen wird ab Frühjahr 2017 ein Lehrgang angeboten, der sich auch an diese Lehrgangsinhalte orientiert, aber im zeitlichen Umfang intensiver gestaltet wird, um sich noch näher mit der Materie auseinander zu setzen. Für 2017 werden wir bei Bedarf auch wieder einen Lehrgang für FinanzverwalterInnen auflegen.

Fachseminare

Im Rahmen der Fachseminare orientieren wir uns an Gesetzesnovellierungen, an aktuelle Themen wie Wahlen, an gesellschaftspolitische Themen oder an Wünsche seitens der Gemeinden. Daher sind die Themenschwerpunkte sehr vielfältig. Im ersten Halbjahr dieses Jahres haben wir Seminare zu folgenden Themen angeboten: Professionelle Reinigung, Transferzahlungen an das Land, Neuerungen im Dienst- und Besoldungsrecht, Bezugsregelung für BürgermeisterInnen, Sicherheitspolizeigesetz, Gemeindegutsagrargemeinschaften, Professionelle Gestaltung und Redaktion von Gemeindezeitungen usw.

Die Seminare werden zielgruppenspezifisch ausgeschrieben und bei Bedarf auch regional angeboten, wobei hier die Zusammenarbeit mit den Gemeinden in Osttirol hervorgehoben werden muss. Die ReferentInnen kommen zum Großteil aus den jeweiligen Fachabteilungen des Landes Tirol oder werden extern beauftragt. In diesem Geschäftsfeld gibt es auch eine enge Kooperation mit dem Tiroler Bildungsforum, das auch regional Seminare anbietet und mit dem Fachverband der Leitenden Gemeindebediensteten in Tirol.

Ab Herbst 2016 werden wiederum eine Reihe von Seminaren angeboten. Die Ankündigung erfolgt über den Newsletter des Gemeindeverbandes und die Detailausschreibung erfolgt über das TBI-Grillhof.

Seminare für (neue) GemeinderätInnen

Mit den Gemeinderatswahlen 2016 haben eine Reihe von neuen GemeinderätInnen ihre Funktion in den jeweiligen Gemeinden aufgenommen. Der Tiroler Gemeindeverband und das TBI-Grillhof haben daher für diese Zielgruppe Fortbildungsseminare angeboten. Kerninhalte der jeweiligen Tagesseminare waren die Grundlagen der Tiroler Gemeindeordnung, Grundlagen des Bau- und Raumordnungsrechts, Dienstrecht und Gemeindeabgaben. Im Hinblick auf die Kundenorientierung wurden die Seminare regional in Imst-Landeck, Reutte, Lienz

Im Tiroler Bildungsinstitut Grillhof im Gemeindegebiet von Vill werden zahlreiche Lehrgänge, Seminare und Fachtagungen angeboten.

und in Innsbruck angeboten. Insgesamt haben rund 450 GemeinderätInnen dieses Angebot genützt. Im Herbst werden wir auch für diese Zielgruppe Seminare anbieten, wobei der Schwerpunkt auf das Thema Gemeindebudget und Praxisfragen zur TGO gelegt werden soll.

Seminare für Obleute zur Registrierkassenpflicht

Auf Bestreben der Zollkoordination West und dem Tiroler Gemeindeverband organisierte der Grillhof 10 regionale Informationsveranstaltungen für Vereinsobleute und KassierInnen in den Vereinen. Rund 950 Personen nutzten die Gelegenheit um sich aktuell über das Thema zu informieren. Die Informationen wurden von den ExpertInnen der jeweiligen regionalen Finanzämter gegeben. Dabei wurden aber auch Auskünfte zu den bisherigen Rechtslagen in den Bereichen der Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer und des Gebühren- und Kommunalsteuerrechts gegeben.

Bildungsmedien für die Schulen

Als Schulerhalter für die Pflichtschulen leisten die Gemeinden einen großen Beitrag. Sie bieten eine gute Infrastruktur im Lehr- Lernprozess für die SchülerInnen und LehrerInnen, sichern den Schulweg und finanzieren den Personal- und Sachaufwand. Das Tiroler Bildungsinstitut-Medienzentrum bietet für die Schulen eine breites Dienstleistungsspektrum an: LeOn (Medienportal Lernen Online) bringt hochwertige Filme und Arbeitsmaterialen via Internet in die Tiroler Klassenzimmer. Insgesamt stehen über 30.000 Medienobjekte (Filme, Animationen, Bilder, Arbeitsblätter, Übungen usw.) in 1000 Themenpaketen zur Verfügung. Darüber hinaus bieten wir im Rahmen des Cine-Mobil für Gemeinden und Kulturvereine die Möglichkeit von Filmvorführungen im Kinoformat. Im Rahmen der Produktionen hat das Medienzentrum nun für alle Bezirke eine DVD „orientieren im Bezirk“ erstellt. Diese DVD it nicht nur für die Schulen interessant, sondern hat auch für die eigene Fortbildung einen großen Nutzen. Nähere Informationen zu diesen Dienstleistungen: *www.tirol.gv.at/medienzentrum*

Frühe Hilfe bei Problemen vor und nach der Geburt

Umfangreiches Vorsorgeprogramm und auch Familienbegleitung

Frühe Hilfen für Familien! Diese können etwa unabdingbar sein, wenn postpartale Depressionen auftreten. In Tirol gibt es freilich ein umfassendes Angebot, mit dem Familien bereits in der Schwangerschaft begleitet werden können – tirolweit bei psychischen Belastungen und intensiver in den Pilotregionen Innsbruck-Stadt, Innsbruck-Land, Tiroler Oberland und Osttirol.

So groß die Freude über Familienzuwachs auch ist: Ein Baby bedeutet vor allem für junge Mütter einen beträchtlichen Einschnitt in das bis dahin geführte Leben. „Ich war einfach nur mit der Versorgung des Babys beschäftigt. Ich habe mir gedacht, ich werde nie mehr ein normales Leben führen können“, wird etwa in einem Folder des *Netzwerkes Gesund ins Leben* eine Jungmutter zitiert. Die meisten Frauen erleben Schwangerschaft, Geburt und Mutterschaft zwar sehr positiv. Trotzdem kann es sein, dass nicht alle ihre Erwartungen erfüllt werden.

Es ist eine Zeit der Veränderungen, und es kann für Frauen schwierig sein, sich darauf einzustellen. Über diese Seite von Schwangerschaft und Mutterschaft sprechen jedoch nur wenige Menschen.

Bereits in der Schwangerschaft stellen sich die unterschiedlichsten Emotionen ein. Von himmelhoch jauchzend bis zu Tode betrübt beträgt die Bandbreite. Die Gefühle werden förmlich durcheinander gewirbelt, ohne, dass die Betroffenen etwas dagegen tun können.

Auch dann, wenn das Baby auf der Welt ist, läuft nicht alles gleich wieder so wie vorher. Meist dauert es noch eine Zeit lang, bis sich Körper und Seele auf die neue Situation eingestellt haben. Die Erfahrung zeigt, dass rund 20 Prozent aller Frauen nicht sofort zu ihrer alten Form zurück finden. Sie bleiben über einen längeren Zeitraum antriebslos, verzweifelt und grüblerisch und haben oft negative Gedanken. Das können Anzeichen einer postpartalen Depression sein.

Der Grundstein einer gesunden Entwicklung liegt freilich bereits in der Schwangerschaft und im ersten Lebensjahr. Denn so viele neuronale Verbindungen und Lernerfolge wie in eben dieser Zeit werden ein Leben langnicht mehr geknüpft bzw. gemacht. Durch feinfühlige Wahrnehmung der Bedürfnisse des Säuglings entsteht eine sichere Bindung. Basierend auf der neuesten Forschung ist bekannt, dass dies den größten Schutzfaktor für ein gesundes Leben bedeutet. Je geringer die monetären und psychosozialen Belastungen einer Familie sind, desto beziehungs- und bindungsfähiger ist diese.

Das Projektteam vom Netzwerk Gesund ins Leben, von links: Dr.in Doris Peham, Elisabeth Saxer, Angelika Heichlinger, MHPE, Petra Frischmann, Judith van den Eijnden-Wimmer und Mag.a Sandra Aufhammer.

Veranlagung mit Weitblick

Call 6 Monate: Das ganz besondere Festgeld

Liquidität ist wichtig. Optimale Erträge ebenso. Beides mit einem Produkt zu erreichen, ist neu.

Mit dem „Call 6 Monate" erhalten Sie für die liquiden Mittel Ihrer Gemeinde deutlich bessere Zinsen, als auf dem Girokonto. Wann immer Sie freie Mittel veranlagen möchten, parken Sie diese auf dem Anlagekonto des „Call 6 Monate". Und wenn Rechnungen anstehen, oder Sie andere Ausgaben planen, rufen Sie den Teilbetrag ab, den Sie benötigen.

Dieser wird dann 6 Monate auf dem Festgeldkonto weiter verzinst – mit einem Zinsatz in der Höhe von 75 % des Anlagekontos. Nach Ablauf dieser 6 Monate steht Ihnen der gewünschte Betrag wieder auf dem Girokonto zur Verfügung. Damit Sie alle Zahlungen pünktlich leisten können.

Für den verbleibenden Betrag auf dem Anlagekonto erhalten Sie weiterhin die attraktive Grundverzinsung. Ganz bequem. Ohne festgelegte Laufzeit. So können Sie Ihre liquiden Mittel produktiv veranlagen und sich auf eine termingerechte Verfügbarkeit verlassen.

Ihre Vorteile im Überblick

- *Attraktive Konditionen für liquide Mittel*
- *Individuelle Laufzeit*
- *Termingerechte Abrufmöglichkeit*

Bitte bedenken Sie auch

- Ein Abruf ist ab dem 10. Tag nach Einlage möglich. Der abgerufene Betrag steht Ihnen also nach 6 Monaten und 10 Tagen wieder auf dem Girokonto zur Verfügung.
- Über Zinsänderungen informieren wir Sie spätestens 2 Tage vor der Änderung mittels Andruck auf Ihrem Anlagekonto.
- Ihr Anlagekonto wird quartalsweise abgeschlossen. Die Zinsen werden Ihrem Geschäftsgirokonto gutgeschrieben. Allfällige Steuern (z. B. KESt) und Entgelte werden dem Anlagekonto angelastet.

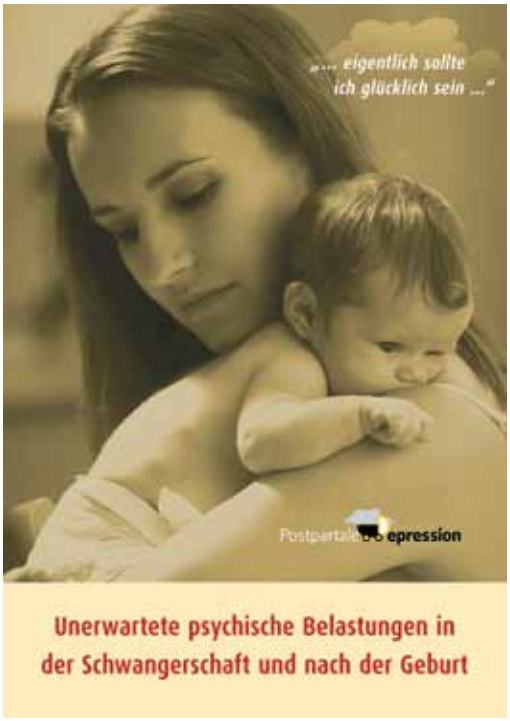
Sabine Moser

Andreas Pittl

Michael Triendl

HYPO TIROL BANK AG
Öffentliche Institutionen
Meraner Straße 8
6020 Innsbruck
T. +43 (0) 50700-2380
service@hypotirol.com
www.hypotirol.com

HYPO TIROL BANK
Unsere Landesbank



Infos in den Pilotregionen

Innsbruck-Stadt:
innsbruck-stadt@gesundinsleben.at
Tel. 0676 88 50 88 2373
Tel. 0676 88 50 88 2375

Innsbruck-Land:
innsbruck-land@gesundinsleben.at
Tel. 0676 88 50 88 2374

Landeck:
landeck@gesundinsleben.at
Tel. 0676 88 50 88 2371

Osttirol:
lienz@gesundinsleben.at
Tel. 0676 88 50 88 2372

Oftmals können aus kleinen Problemen ganz große werden. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass schon eine kleine Intervention zu einem frühen Zeitpunkt das Gleichgewicht wieder herstellen kann und gar keine großen Maßnahmen getroffen werden müssen. Studien im deutschsprachigen Raum belegen einen „Return on Investment“ (ROI) von acht. Das bedeutet: Für jeden investierten Euro in frühe Hilfen braucht es acht Euro weniger im Laufe des Lebens für Rehabilitation – ein zahlenkräftiges Argument.

Wie Mag.ª Sandra Aufhammer vom *Netztwerk Gesund ins Leben* weiß, handelt es sich bei bei der Maßnahme zur postpartalen Depression um ein Akut-Krisenangebot. Derzeit wird dieses tirolweit von 26 Frauen in Anspruch genommen. „Oft reichen schon einige wenige Interventionen aus, damit alles wieder seinen gewohnten Gang nimmt“, erklärt Aufhammer im Gespräch mit der *TGZ*.

Über das *Netzwerk Gesund ins Leben* kann für hilfesuchende Personen sofort ein kostenloses therapeutisches Gespräch organisiert werden sowie bei weiteren Schritten kostenlos unterstützt werden. Detaillierte Informationen sind über die Gratis-Familienhotline 0800 800 508 zu erfragen.

Infos zu Frühen Hilfen vom *Netzwerk Gesund ins Leben* liegen in den Gemeinden auf und sollen bei der Geburtsanzeige den jeweiligen Eltern mitgegeben werden. Ein Gratis-Bezug für Gemeinden ist auch über die Nummer 0512 585730 möglich. Diese Form der Beratung ist einzigartig für Tirol und ein Projekt von Land und TGKK. Unter anderem wurde eine Checkliste ausgearbeitet, die jungen Müttern helfen soll, ihre psychische Lage einzuschätzen. „Sobald eine Frau das Gefühl hat, dass es ihr nicht gut geht, ist es wichtig, so schnell als möglich mit jemanden darüber zu sprechen“, erklärt Aufhammer. *pele*

Was wollen die Frühen Hilfen

Frühe Hilfen sind ein kostenfreies Angebot für alle Schwangeren und Familien mit Säuglingen und Kleinkindern in belastenden Lebenssituationen. Dies reicht tirolweit vom therapeutischen Akut-Angebot bei postpartaler Depression bis hin zur aufsuchenden Familienbegleitung in den Pilotregionen, als Bindeglied zwischen den Bedürfnissen der Familien und den Angeboten des Regelsystems. *Frühe Hilfen* sind ein freiwilliges, präventives und kostenloses Angebot zur Gesundheitsförderung.

Sportplatzbeleuchtung mit LED

Die IKB bietet allen Tiroler Gemeinden attraktive All-inclusive-Pakete zur Optimierung der öffentlichen Beleuchtung von Straßen und Plätzen. Dabei setzt die IKB auf energieeffiziente LED-Lampen.
Ein idealer Einsatzort für LED-Lampen sind Sportstätten, da sie die große Fläche optimal ausleuchten. Das Licht ist auf den Platz gerichtet und wird nicht in den Abendhimmel gestrahlt, sodass auch die Nachbarn ungestört bleiben. Mit einem maßgeschneiderten Angebot der IKB sparen Gemeinden Energie und Kosten, was allen Bürgern zugute kommt. Die sportbegeisterte Bevölkerung, ob groß, ob klein, ob aktiv oder als Zuschauer, genießt ein tolles Ambiente mit dem neuen Licht der IKB.

Mit LED zwischen 40 und 60 Prozent Energiekosten sparen

LED-Beleuchtungen bringen viele Vorteile, allen voran die beachtliche Strom- und Kosteneinsparung von bis zu 60 Prozent gegenüber herkömmlicher Beleuchtung. LED-Lampen haben eine lange Lebensdauer bei geringem Wartungsbedarf. Das Licht ist gerichtet, blendet nicht und sorgt für bessere Gleichmäßigkeit und Farbwiedergabe.

Das IKB-Angebot

Auch die Umsetzung ist einfach: Gegen eine monatliche Rate erhalten die Gemeinden eine fundierte Beratung, die Planung und Inbetriebnahme der neuen Anlage sowie laufende Kontrollen, Wartung und Betriebsführung (24-Stunden-Service inklusive). Eine große Investition zu Beginn ist damit nicht nötig. Die IKB ist der langfristige und erfahrene Partner bei der Beleuchtung von öffentlichen Straßen und Sportstätten.
Weitere innovative Gemeindedienstleistungen und -produkte finden Sie auch unter
www.ikb.at
kundenservice@ikb.at
0800 500 502 *pr*

Toller Erfolg: Europäischer Dorferneuerungspreis für Fließ

Fotos. Gemeinde Fließ

Am Anfang stand der Wunsch der Gemeinde, das Ortszentrum von Fließ wieder zu einem attraktiven Zentrum des kommunalen Lebens zu entwickeln, am Ende entstand ein Projekt, das inzwischen mit dem Europäischen Dorferneuerungspreis 2016 ausgezeichnet wurde. Dass die Bürgerinnen und Bürger der Oberländer Gemeinde sich im Jahr 2012 auf unkonventionelle Weise der Neugestaltung ihres Dorfzentrums annäherten, hat sich als äußerst erfolgreich erwiesen, freuen sich LH Günther Platter und Gemeindelandesrat Johannes Tratter über die internationale Anerkennung: „Die Dorfmitte von Fließ umfasst heute wieder alle zentralen Lebensbereiche wie Wohnen, Arbeiten und Einkaufen und wird von der Bevölkerung der weitverzweigten Gemeinde als attraktiver Mittelpunkt geschätzt. Die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in einen breit angelegten Ideenfindungs- und Beteiligungsprozess sowie die gute Zusammenarbeit zwischen Gemeinde, Dorferneuerung, Wohnbauförderung und Architektenkammer haben viel zur gelungenen Umsetzung beigetragen!“

Europäischer Dorferneuerungspreis geht erstmals nach Tirol!

Mit der Gemeinde Fließ wurde erstmals eine Tiroler Gemeinde zum Sieger des

DAKA
UNTERNEHMENSFAMILIE DAKA - IHR PARTNER IN ENTSORGUNGSFRAGEN

Abfallwirtschaft · Entsorgungssysteme · Kanalarbeiten · Tankarbeiten · Sanierungsarbeiten
Speiseresteentsorgung · Schlachtabfall- u. Tierkadaversammlung · Verwertung von Klärschlamm
Restmüllentsorgung · Kreislaufwirtschaft · Sammelpartner der ARA · Elektroaltgeräteentsorgung
www.daka.cc
DAKA Entsorgungsunternehmen GmbH & Co.KG, Bergwerkstraße 20, 6130 Schwaz, Austria, T +43(0)5242/6910 · office@daka.cc

alle zwei Jahre durchgeführten Europäischen Dorferneuerungspreises gekürt. Die Preisträger unter den insgesamt 24 Teilnehmern aus elf Staaten wurden von einer internationalen Wettbewerbsjury im Rahmen von zwei Bewertungssitzungen und Vorortbesichtigungen eruiert. Ddie Preisverleihung erfolgt am 9. September 2016 in Tihany (Ungarn), der Siegergemeinde des Wettbewerbes 2014.

Gemeinde Fließ setzte konsequent auf Bürgerbeteiligung

Das Projekt „Dorfzentrum Fließ“ wurde schrittweise und unter intensiver Einbindung der GemeindebürgerInnen realisiert. Nach einer ersten Ideenentwicklung vor Ort und einer österreichweiten Ausschreibung wurden mehrere Architektenbüros zu einem zweitägigen Workshop nach Fließ eingeladen, bei dem die Bevölkerung ihre konkreten Vorstellungen einbrachte. Als Sieger des mehrteiligen Bewerbungsverfahrens ging schließlich nach einer Entscheidung der Jury das Büro Rainer Köberl & Daniela Kröss hervor – insgesamt ein konsequent interaktiver Entwicklungsprozess vom Beginn bis zum finalen Projekt.

Das Dorfzentrum Fließ wurde im April 2015 offiziell eröffnet. Es umfasst drei Gebäude auf zwei Ebenen sowie zwei attraktiv gestaltete Plätze. Das neue Gemeindeamt, die Praxis des Gemeindearztes mit barrierefreiem Zugang, ein regionaler Nahversorger (M-Preis mit Café) sowie ein Friseursalon und Jugendraum bringen neues Leben in die Mitte des Ortes. Weiters bietet ein Wohngebäude 14 leistbare und zentrale Wohnungen.

Die Gemeinde Waidring setzt auf vorgezogene Erschließungskosten

Die ersten Vorschreibungen gingen im Jahr 2013 an die Bürger

Foto: Land Tirol/Frischauf

Georg Hochfilzer
Bürgermeister der
Gemeinde Waidring

Dorfstraße 9
6484 Waidring

Tel. 05353 5202-12
Fax 05353 5202-18

E-Mail:
amtsleiter@
waidring.tirol.gv.at
Internet:
www.waidring.tirol.gv.at

Foto: Peter Leitner

Seit mittlerweile drei Jahren wird in der Unterländer Gemeinde Waidring der vorgezogene Erschließungsbeitrag eingehoben. Die Maßnahme hat sich bewährt.

Die Gemeinde Waidring weist – wie viele andere Kommunen auch – aus früherer Zeit eine erkleckliche Zahl von „auf Vorrat gewidmeten Baugrundstücken" auf. Eine Mobilisierung eines Großteils dieser Grundstücke war für die nächste Zeit nicht wirklich zu erwarten.

Demgegenüber steht die Verpflichtung der Gemeinde, die Erschließung der als Bauland gewidmeten Flächen durchzuführen. Dem steht aber wiederum nachteilig entgegen, dass die Erschließungskosten als Beitrag zum daraus resultierenden Straßenbauaufwand ebenso wie die Anschlussgebühren für Wasser und Kanal erst mit Baubeginn anfallen. Die Gemeinde muss daher bei der Erschließung finanziell massiv in Vorlage treten. Bei jenen Grundstücken, auf denen eine Bebauung aber nicht erfolgt beziehungsweise nicht zu erwarten ist, sind demgegenüber keine Erschließungskosten zu lukrieren, so dass der betreffende Straßenbauaufwand wieder auf die Gesamtheit der Steuer und Gebührenzahler überwälzt wird.

Bürgermeister Georg Hochfilzer: „Wir könnten auch so sagen: Der jeweilige Bauplatzeigentümer genießt zwar den Vorteil einer Baulandwidmung, für die Kosten der Erschließung – und wir reden hier von den straßenbaulichen Maßnahmen, nicht von Wasser und Kanal – muss im Falle einer ausbleibenden Bebauung aber die Gesamtheit der Steuer- und Gebührenzahler aufkommen. Ob das aus Sicht der Bevölkerung gerecht ist, kann mit Recht hinterfragt werden."

Nachdem die Gemeinde Waidring die erste Fortschreibung des Örtlichen Raumordnungskonzeptes zeitgerecht erledigt hatte und daran anschließend die Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes durchzuführen war, ergab sich ein optimaler Zeitpunkt, diese Planung mit der Einführung der vorgezogenen Erschließungskosten zu koordinieren, was im Jahr 2011 der Fall war.

Hochfilzer: „Mir war das aus folgendem Grund wichtig: Im Zuge der Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes konnten die jeweiligen ‚Baulandinhaber´ über die weitere Verwendung und somit Widmung ihrer Grundstücke disponieren. Jene Grundbesitzer, die keine Bau- und Veräu-

ßerungsabsicht bekundeten, konnten eine Rückwidmung in Freiland beantragen und somit die Vorschreibung beziehungsweise Verpflichtung zur Zahlung vorgezogener Erschließungskosten hintan halten."

Dies erfolgte immer unter der Prämisse, dass die jeweiligen Grundstücke ja im örtlichen Raumordnungskonzet auch für eine spätere – nochmalige – Baulandwidmung ausgewiesen sind und daher bei Notwendigkeit wiederum eine bedarfsorientierte Widmung möglich ist. „Diese Sicherheit war mir für die betroffenen Grundeigentümer als eine grundlegende Voraussetzung sehr wichtig, damit sie nicht irgendwann mit leeren Händen dastehen. Hier muss Rechtssicherheit auch für die Zukunft gegeben sein", hält Bürgermeister Hochfilzer fest.

Auf diese Art und Weise wurde seitens der Gemeinde niemand „überrollt" oder vor vollendete Tatsachen gestellt. Vielmehr wurde die Möglichkeit geboten, dass die Eigentümer selbst darüber entscheiden können, ob sie die vorgezogenen Erschließungskosten entrichten oder aber eine Rückwidmung durchführen.

Hochfilzer: „Wir haben das im Vorfeld auch ausführlich kommuniziert, so dass bei den Betroffenen ein guter Informationsstand und ausreichend Zeit für die nötigen Überlegungen gegeben waren."

Schlussendlich hat eine ganze Reihe von Baulandbesitzer die Alternative der Rückwidmung gewählt. Die rückgewidmeten Flächen belaufen sich in Waidring auf insgesamt zirka **3,5** Hektar.

Ein weiterer Aspekt ist dahingehend zu Tage getreten, dass etliche Grundeigentümer, die im Vorfeld der Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes eine Umwidmung angestrebt haben, diese wieder „zurückgezogen" haben, zumal dieses Begehren primär auf eine „Vorratswidmung" ausgerichtet und von einer bedarfsorientierten Widmung weit entfernt waren. Hochfilzer: „Damit haben wir auch die viel zitierte Vorratswidmung, die von diversen Grundeigentümern nach wie vor angestrebt wird, eindämmen können."

Jenen Grundeigentümer, die weiterhin ihr gewidmetes Bauland beibehalten wollten, obwohl keine konkrete Bau- oder Veräußerungsabsicht gegeben war, konnte schlüssig erklärt werden, dass es sich beim Bauplatzanteil, auf den sich die vorgezogenen Erschließungskosten beziehen, in dem Fall um eine „Vorleistung" auf eine spätere Bebauung handelt, wobei diese bei Eigennutzung bereits als „geleistete Vorauszahlung" zu sehen ist. Im Fall einer Veräußerung können die geleisteten Zahlungen auf den Erwerber überwälzt werden, so dass für den Adressaten der vorgezogenen Erschließungskosten kein finanzieller Verlust entsteht.

Mit den Einnahmen aus dem Bauplatzanteil der vorgezogenen Erschließungskosten – es handelt sich dabei um rund 70.000 Euro pro Jahr, bei 5 Teilbeträgen also insgesamt zirka 350.000,- Euro – steht der Gemeinde ein entsprechender zusätzlicher Finanzrahmen für die immer teurer werdenden Straßenbauaufwendungen (samt Entwässerung und dergleichen) zur Verfügung. Das ermöglicht wiederum vorzeitige zusätzliche Investitionen in das örtliche Straßen- und Wegenetz.

„Ich sehe die Maßnahme aber keineswegs als generellen Akt der Geldbeschaffung, sondern als wirkliches Steuerungsinstrument auf dem Sektor der Raumordnung, was auch mit den daraus resultierenden Ergebnissen in Bezug auf durchgeführte Rückwidmungen und vor allem auch in Bezug auf die doch merkliche Reduzierung neuer und zusätzlicher Vorratswidmungen untermauert und bestätigt wird", sagt der Gemeindechef. Und führt weiter aus: „Dem Argument, dass die Mittel aus dem Bauplatzanteil bei einer späteren Bebauung nicht mehr an die Gemeinde fließen, ist entgegenzuhalten, dass ein guter Teil der gewidmeten Altflächen gar nicht bebaut, sondern weiterhin bevorratet wird und somit auch später keine Erschließungskosten zu lukrieren wären. Zudem benötigt die Gemeinde die finanziellen Mittel gerade dann und dort, wenn die Erschließungsaufwendungen anstehen, was nicht erst im Fall einer Bebauung, sondern in der Regel schon vor einer Verbauung zutrifft."

Kostenfreie Bildungs- und Berufsberatung für alle

Neue INFOLINE und mehr als 80 Beratungsstellen in Tirol

Die Themen Bildung und Beruf begleiten die Menschen natürlich auch in allen Tiroler Gemeinden über den Großteil ihres Lebens. Alle sind irgendwann mit Fragen konfrontiert, die für die berufliche Entwicklung richtungsweisend sind. Wo liegen meine Interessen und Stärken? Welche Weiterbildung passt zu mir? Gibt es finanzielle Fördermöglichkeiten? Soll ich eine berufliche Neuorientierung wagen? Wie schaffe ich den Wiedereinstieg in das Berufsleben?

Zur Dienstleistung der **Bildungs- und Berufsberatung** zählen sämtliche Maßnahmen, die Menschen jedes Alters und in jedem Lebensabschnitt bei ihrer Wahl der Ausbildung oder des Berufs sowie bei ihrer Karriereplanung unterstützen. Das Angebot reicht dabei von Informationen zu Weiterbildungsangeboten oder finanziellen Förderungen über individuelle Beratung bis hin zur längerfristigen Begleitung.

Eine individuelle Bildungs- und Berufsberatung hilft dabei, die notwendigen Fähigkeiten und Kenntnisse zu fördern, um die richtigen Antworten auf berufliche Fragen zu finden und in der Arbeitswelt am Ball zu bleiben. Von guten Entscheidungen profitieren nicht nur die Ratsuchenden selbst. Auch die ArbeitgeberInnen und der heimische Arbeitsmarkt freuen sich über motivierte und gut qualifizierte MitarbeiterInnen.

Die KOSTENFREIEN Angebote in Tirol:

- **INFOLINE 0800 500 820 – Bildung wählen**

Die neue INFOLINE ist die zentrale Telefonnummer für alle Fragen rund um Bildung und Beruf in Tirol. Die kostenfreie und vertrauliche INFOLINE richtet sich insbesondere an Berufstätige, Arbeitsuchende und Personen mit beruflichen Veränderungswünschen im Alter von 18 bis 60 Jahren. Die INFOLINE ist unter 0800 500 820 oder per Email unter frage@bildungsberatung-tirol.at von Montag bis Freitag zwischen 9:00 und 15:00 erreichbar.

- **www.bildungsberatung-tirol.at - über 80 Beratungsstellen in ganz Tirol**

19 Beratungseinrichtungen bieten in Tirol an über 80 Standorten eine kostenfreie Bildungs- und Berufsberatung an. Die Beratungsangebote richten sich an alle Erwachsenen in Tirol. Die wichtigsten Informationen zu allen Beratungsangeboten sind auf der Website www.bildungsberatung-tirol.at abrufbar.

Das breite Aus- und Weiterbildungsangebot der Tiroler Bildungseinrichtungen sowie die finanziellen Bildungsförderungen und -beihilfen des Landes Tirol werden durch ein vielfältiges und kostenfreies Angebot an Bildungs- und Berufsberatung ergänzt. Die Beratung erfolgt dabei stets durch kompetente und fachlich ausgebildete Bildungs- und BerufsberaterInnen. Im Mittelpunkt der Beratung stehen die individuellen Interessen, Stärken und Wünsche der Ratsuchenden. Gemeinsam mit den Ratsuchenden erarbeiten die BeraterInnen Lösungsvorschläge und Antworten auf ihre jeweiligen Fragen.

Tiroler Gemeindeverband
im Internet

www.gemeindeverband-tirol.at

E-Mail:
tiroler@gemeindeverband-tirol.at

Infoline 0800 500 820

zu allen Fragen rund um Bildung und Beruf kostenfrei und neutral

frage@bildungsberatung-tirol.at

www.bildungsberatung-tirol.at

Eine Initiative von

beschäftigungspakt tirol

Erwachsenenbildung
Bildungsberatung Österreich
Netzwerk Tirol

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds, des Bundesministeriums für Bildung und Frauen, des Landes Tirol, des Arbeitsmarktservice Tirol sowie der Tiroler ArbeitsmarktförderungsGmbH.

EUROPÄISCHE UNION Europäischer Sozialfonds
BM BF Bundesministerium für Bildung und Frauen
tirol
AMS
amg tirol arbeitsmarktförderungs gmbh

Mödlhammer für maßvolle Reformen

Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer tritt für maßvolle Reformen bei der Wahlabwicklung ein. „Ich halte aber fest, dass es bislang keine ernsthaften Hinweise auf Manipulationen oder Wahlbetrug gibt. Wir brauchen auch nicht eines der sichersten und nachvollziehbarsten Wahlsysteme der Welt künstlich schlechtreden“, so Mödlhammer. Formalfehler müsse man benennen und nach Möglichkeit abstellen. Darüber hinaus gebe es in Detailbereichen Reformbedarf. So kann sich Mödlhammer beispielsweise für die Einführung eines Zentralen Wählerregisters erwärmen, „wenn der Datenschutz gewährleistet ist und es für die Gemeinden kein Mehraufwand ist. Solange Menschen in die Abwicklung von Wahlen involviert sind, wird es da oder dort immer zu individuellen Fehlern kommen“, so Mödlhammer. Es gibt mehr als 10.000 Wahlsprengel bzw. Wahllokale in Österreich. „Solange es sich um kleine Formalfehler handelt, die das Ergebnis nicht beeinflussen, ist das verkraftbar. Man muss jedem Hinweis nachgehen und – wenn es sich um ein strukturelles Problem handelt – dieses Problem beheben. Dafür gibt’s den Rechtsstaat.“ Als Beispiel nannte Mödlhammer die verfrühte Auszählung der Briefwahlstimmen in manchen Bezirken.

Veröffentlichung von Stellenausschreibungen

Service auf TGV-Homepage

Der Tiroler Gemeindeverband ist bestrebt, das Serviceangebot für die Gemeinden und Gemeindeverbände laufend zu verbessern.

In diesem Zusammenhang besteht für Gemeinden bzw. Gemeindeverbände die Möglichkeit, Ausschreibungen von freien Dienstposten (Stellenausschreibungen) auf der Homepage des Tiroler Gemeindeverbandes zu veröffentlichen.

Um auf diese Weise allen potenziellen Bewerberinnen und Bewerbern einen möglichst vollständigen Überblick über die jeweils vakanten Stellen auf Gemeindeebene zu verschaffen, lädt der Tiroler Gemeindeverband ein, von diesem Angebot regen Gebrauch zu machen.

Folgende Vorgangsweise ist zu treffen:

Übermittlung des Ausschreibungstextes im „pdf-Format“ an den Tiroler Gemeindeverband per E-Mail unter: tiroler@gemeindeverband-tirol.at

Auf der Homepage des Tiroler Gemeindeverbandes steht auch eine Mustervorlage zum Download bereit.

Achtung: Es ist wichtig, dass basierend auf den geltenden gesetzlichen Regelungen in einer Ausschreibung das Mindestentgelt angeführt wird. Darauf wird in Ausschreibungen sehr oft vergessen.

MUSTER EINER STELLENAUSSCHREIBUNG

Bei der Gemeinde / Marktgemeinde / Stadtgemeinde ....., ist für die Betreuung einer Kindergartengruppe in der Kinderbetreuungseinrichtung ....., mit Wirksamkeit vom ..... die Stelle

einer pädagogischen Fachkraft

mit einem Beschäftigungsausmaß von 40 Wochenstunden, das sind 100% der Vollbeschäftigung, zu besetzen. Die Einstufung erfolgt nach den Bestimmungen des Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 2012 – G-VBG 2012, LGBl. Nr. 119/2011 in der jeweils geltenden Fassung, Entlohnungsgruppe ki.

Das Mindestentgelt beträgt monatlich € ..... brutto. Es wird darauf hingewiesen, dass sich das angeführte Mindestentgelt aufgrund von gesetzlichen Vorschriften gegebenenfalls durch anrechenbare Vordienstzeiten sowie sonstige mit den Besonderheiten des Arbeitsplatzes verbundene Entgeltbestandteile erhöht.

Von den BewerberInnen werden folgende Voraussetzungen erwartet:

- die erfolgreiche Ablegung der Reife- und Diplomprüfung für Kindergärten oder der Diplomprüfung für Kindergartenpädagogik
- .....

Bewerbungen sind bis spätestens ..... bei der Gemeinde / Marktgemeinde / Stadtgemeinde ..... einzubringen.

Für Informationen steht Ihnen ..... zur Verfügung.

Hier:
Auf § 2 des Gemeinde-Gleichbehandlungsgesetzes 2005 in Verbindung mit § 7 des Landes-Gleichbehandlungsgesetzes 2005 wird hingewiesen.

Variante:

Gemäß § 2 des Gemeinde-Gleichbehandlungsgesetzes 2005 in Verbindung mit § 7 des Landes-Gleichbehandlungsgesetzes 2005 werden insbesondere Frauen eingeladen, sich zu bewerben.

Für den Gemeinderat:
Der Bürgermeister

Landesregierung ehrte frühere BürgermeisterInnen

LR Johannes Tratter mit Johann Geisler, der 33 Jahre als Bürgermeister in der Gemeinde Wattenberg tätig war und Norbert Jordan, der nach 39 Jahren sein Amt als Bürgermeister in Sellrain niedergelegt hat, LH Günther Platter und dem Präsident des Gemeindeverbandes Ernst Schöpf (von links).

LH Günther Platter, Gemeindereferent Johannes Tratter und der Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes Ernst Schöpf luden kürzlich alle ehemaligen BürgermeisterInnen der vergangenen Amtsperiode in den Großen Festsaal der Tourismusschule Villa Blanka. In feierlichem Rahmen sprachen sie den AltbürgermeisterInnen Dank und Anerkennung für ihren Einsatz aus und überreichten ihnen Urkunden.

„Die Aufgaben innerhalb einer Gemeinde sind komplex und anspruchsvoll. Sie stellen hohe Anforderungen an alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die sich täglich tatkräftig für ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger einsetzen“, sind sich LH Günther Platter und Gemeindereferent Johannes Tratter einig. „Daher danken wir allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern für die erfolgreiche und konstruktive Zusammenarbeit in den letzten Jahren und Jahrzehnten.“

Ernst Schöpf erklärt: „Mein Dank gilt allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, die unbeirrt für die Belange ihrer Gemeinden eingetreten und in vielen Angelegenheiten als kompetente Ansprechpersonen für die Bürgerinnen und Bürger hilfreich zur Seite gestanden sind.“

MIT EINEM KLICK SIND DIE DATEN WEG

WIE E-MAILS ZUR BEDROHUNG WERDEN

WIE SCHÜTZT MAN SICH VOR TROJANER UND VIREN?

- Sichern Sie regelmäßig Ihre Daten
- Halten Sie Ihr Computersystem und die installierten Programme aktuell
- Benutzen Sie Anti-Viren-Software mit automatischen Updates
- Folgen Sie keinen Links in E-Mails oder sozialen Netzwerken von unbekannten Absendern oder dubios erscheinenden Nachrichten
- E-Mail-Anhängen sollte grundsätzlich Misstrauen entgegengebracht werden

WAS TUN BEI EINER INFEKTION MIT EINEM LÖSEGELD-TROJANER?

- Trennen Sie infizierte Systeme sofort vom Netz
- Zahlen Sie auf keinen Fall einen geforderten Betrag, selbst wenn Sie zahlen gibt es keine Garantie, dass es wieder funktioniert
- Fotografieren Sie die Meldung am Bildschirm
- Es handelt sich um einen kriminellen Erpressungsversuch: erstatten Sie daher Anzeige
- Kontaktieren Sie ein IT-Unternehmen wie Kufgem für weitere Unterstützung

MIT DEM KUFGEM IT- & SICHERHEITS-CHECK DAS RISIKO REDUZIEREN!

Vorbeugen hilft. Kufgem bietet als IT-Systemhaus Unternehmen und Behörden schon seit längerer Zeit einen kostenlosen IT- & Sicherheits-Check an. Zahlreiche Unternehmen, die diesen Service nutzen, sind begeistert.

Kufgem-Techniker Andreas Mayer: „Wir analysieren vor Ort Ihr EDV-System und machen Sie auf eventuell vorhandene Schwachstellen aufmerksam. Absolut unverbindlich und kostenlos!"

Von der richtigen Datensicherung über E-Mail-, Spam- und Virenschutz bis hin zu Firewall und sicheren Zugängen (VPN) bietet Kufgem aktuelle Sicherheitsstandards, die Risiken für Unternehmen oder Behörden deutlich reduzieren.

Sie haben oft lustige Namen wie „Locky“ oder „Petya“ .... und man nimmt sie kaum als Bedrohung wahr. Zumindest solange nicht, bis die Hiobsbotschaft auf dem eigenen Bildschirm steht. Man also Opfer einer betrügerischen E-Mail wurde und das Spionage- oder Verschlüsselungsprogramm zugeschlagen hat.

Als vermeintliche Anfrage, Zustellungs-Information oder Bewerbung sind diese E-Mails mittlerweile bis ins letzte Detail perfekt gefälscht. Ein simpler Klick auf einen Link genügt! Was übrig bleibt ist Ratlosigkeit, Ärger und teils enorme Kosten.

JEDEN KANN ES TREFFEN

Kaum zu glauben, selbst ein Krankenhaus in Deutschland (Neuss) oder eine Universität im kanadischen Calgary musste erfahren, wie es ist, wenn das Undenkbare passiert und ein Erpresser-Trojaner plötzlich zur harten Realität wird. Betroffene Unternehmen mussten zum Teil Lösegeld zahlen, um wieder an ihre Daten zu gelangen. Zwar existierten Sicherungen, doch es dauerte eine Weile, bis die IT wieder voll funktionsfähig war.

Dabei sind es nicht mehr nur Viren, die Rechner, Smartphones und mittlerweile auch „smarte“ Geräte wie ein vernetztes TV-Gerät oder die Heizungssteuerung befallen oder heimlich übernehmen. Computerwürmer und Trojaner werden immer mehr zum Problem – egal ob zuhause oder am Arbeitsplatz.

Andreas Mayer, Chef-Techniker bei dem Kufsteiner IT-Systemhaus Kufgem, mahnt daher zur Vorsicht: „Seit Wochen beobachten wir auch bei unseren Kunden eine rasant steigende Anzahl von Angriffen, die sich speziell an Unternehmen und Behörden richten. Sie verstecken sich in Anhängen von täuschend echt aussehenden Bewerbungs-E-Mails und sind brandgefährlich.“

Gefährlich, da die kriminellen Angreifer Rechner und ganze Netzwerke verschlüsseln. Damit sind wichtige Kundendaten plötzlich unerreichbar, Programme versagen und die Arbeit im Büro steht still. Die Wiederherstellung ist zeit- und kostenintensiv und erfordert viel Knowhow. „Unsere Techniker sind derzeit im Dauereinsatz, um Daten wiederherzustellen und Kunden vor weiteren Schäden zu bewahren. Die Anwender müssen auf die Gefahren aufmerksam gemacht und sensibilisiert werden“, bestätigt Andreas Mayer die aktuelle Situation.

Mit einem proaktiven und netzübergreifenden Schutz und einer zusätzlichen Portion Aufmerksamkeit kann man diese Angriffe zwar gut abwehren. Aber selbst mit den nachstehenden Grundregeln ist eine Infektion nicht auszuschließen. ■

kufgem

Jetzt IT- und Sicherheits-Check vereinbaren: 05372 6902, info@kufgem.at.

Im Gespräch mit den TGV-Vizepräsidenten BGM. FRANZ HAUSER, SCHWENDAU

„Gesundheit ist mein Steckenpferd“

Franz Hauser aus Schwendau, Jahrgang 1961, ist schon seit Jahrzehnten eng mit der Kommunalpolitik verbunden. Alles begann damit, dass er als 17-Jähriger eine Stelle bei der Gemeinde antrat. Kontinuierlich hat er sich in die Materie eingearbeitet und dann 1978 den Job des Gemeindeamtsleiters übernommen. Im März 1992 wurde er schließlich zum Bürgermeister der Zillertaler Gemeinde Schwendau gewählt. Die *TIROLER GEMEINDEZEITUNG* traf den neuen Vize-Präsidenten des Gemeindeverbandes, der zwölf Jahre lang Planungsverbandsobmann der Region 55 Hinteres Zillertal mit 14 Gemeinden war und bei dem das überregionale Denken immer schon im Vordergrund stand, zum Gespräch.

Franz Hauser ist seit 27. April Vize-Präsdient im Tiroler Gemeindeverband.

TGZ: *Wie sind Sie in die Kommunalpolitik gekommen?*

Hauser: Ich bin ganz einfach durch meine langjährige berufliche Tätigkeit als Gemeindemitarbeiter und später Gemeindeamtsleiter in die Kommunalpolitik hineingewachsen. Das hat sich sozusagen selbst ergeben.

„Ich sehe mich als Vertreter von Kleingemeinden, die ganz andere Sorgen haben als Großkommunen.“
Bgm. Franz Hauser

TGZ: *Sie bekleiden abseits des Bürgermeisteramtes aber noch weitere Funktionen.*

Hauser: Das ist richtig. Seit Jänner 1997 bin ich etwa Obmann des Krankenhausverbandes für den Bezirk Schwaz, bin dort sozusagen für 39 Gemeinden der Eigentümervertreter. Seit dem Jahr 2002 ist die TILAK (nunmehr Tirol Kliniken), mit der wir eine Betriebs GmbH gegründet haben, unser 50-Prozent-Partner.

TGZ: *Sie sind damit in einem für Gemeinden sehr wichtigen Bereich aktiv.*

Hauser: Gesundheit, Soziales und Pflege – das sind ganz klar Steckenpferde von mir. So bekleide ich etwa auch den Obmannposten der so genannten Pflegestation des Bezirkes Schwaz. Dort befassen wir uns vor allem mit dem Themenbereich Übergangs- und Kurzzeitpflege, der in der heutigen Zeit auch einen immer größeren Stellenwert bekommt.

TGZ: *Seit Ende April sind sie nun auch Vize-Präsident im Tiroler Gemeindeverband. Welche Zielsetzungen verfolgen sie dort?*

Hauser: Zunächst einmal freue ich mich sehr über das Vertrauen, welches mir beim Tiroler Gemeindetag in Telfs entgegen gebracht wurde. Die Gemeinde Schwendau hat 1700 Einwohner. Naturgemäß sehe ich mich deshalb auch als Sprachrohr von kleinen Gemeinden, die mitunter ganz andere Sorgen haben als Großkommunen. Deren Anliegen gilt es für mich zu vertreten. Ich stehe persönlich für Anregungen und auch Probleme bzw. Beschwerden gerne zur Verfügung. Meine Telefonnummer lautet 0676-6315044, E-Mail: bgm.hauser@hippach-schwendau.at.

TGZ: *Bei Kleingemeinden kommt die Rede auch immer wieder auf mögliche Fusionen. Wie stehen Sie solchen Überlegungen gegenüber?*

Hauser: Wenn es Sinn macht, kann ich mir das sehr wohl vorstellen. Aber keineswegs von oben verordnet, sondern durchwegs freiwillig aber mit finanzieller Hilfe des Landes.

Peter Leitner

Im Gespräch mit den TGV-Vizepräsidenten BGM. EDGAR KOPP, RUM

„Mit Leib und Seele im Verband tätig“

Er zählt zu den längst dienenden Kommunalpolitikern im Land! Schon 1968 zog Edgar Kopp in den Gemeinderat von Rum ein, im April 1987 trat er die Nachfolge des damaligen Bürgermeisters Hans Tanzer an. Fünf Direktwahlen hat der ehemalige Kriminalbeamte seither bestritten. Setzte sich stets gegen mindestens drei Mitbewerber – einmal waren es sogar deren vier – durch. Amtsmüde ist Kopp auch mit 77 Jahren noch nicht. Und so ist er auch mit Leib und Seele im Tiroler Gemeindeverband aktiv. Die *TIROLER GEMEINDEZEITUNG* traf ihn zum Interview.

TGZ: ***Wie sind Sie in die Kommunalpolitik gekommen?***

Kopp: Da war viel Zufall dabei. Ich habe einst im Polizeisportverein Fußball gespielt. Präsenzdienst in Burgenland und Eintritt in die Sicherheitswache in Wien haben mich in der Folge vier Jahre von Rum ferngehalten. Nach meiner Rückkehr nach Rum kam ich durch Zufall zu einem Hobbyfußballklub in Neu-Rum. Nach dem Eröffnungsspiel auf einem von uns selbst errichteten Fußballplatz trat dann Hans Tanzer, der damals Vize-Bürgermeister war, an mich heran, und bot mir einen Listenplatz an. Da es mir immer gefallen hat, etwas zu bewegen, habe ich spontan zugesagt.

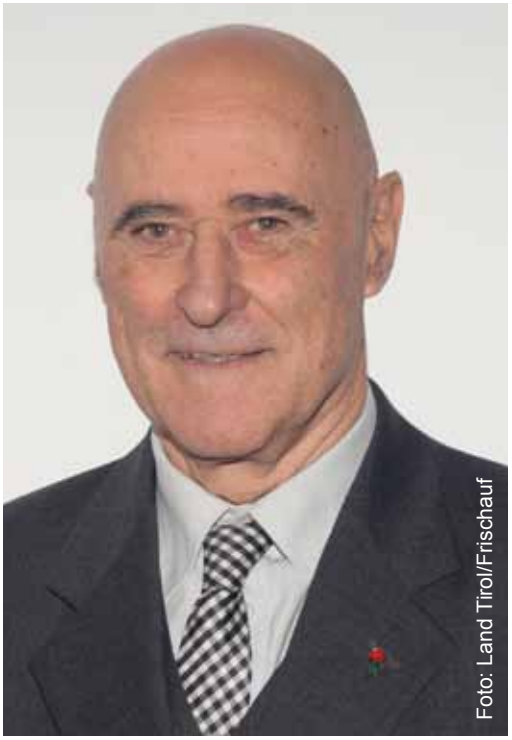
TGZ: ***Wie ging es dann politisch weiter?***

Kopp: Ich zog 1968 in den Gemeinderat ein, 1987, als Hans Tanzer in die Landesregierung wechselte, wurde ich sein Nachfolger als Bürgermeister. Und dieses Amt übe ich auch heute noch mit großer Freude im Sinne unserer Bürger aus.

TGZ: ***Wie kamen Sie zur Ihrer Tätigkeit im Tiroler Gemeindeverband?***

Kopp: 1987 war ich zunächst kooptiertes Vorstandsmitglied. Seit 1992 sitze ich nun im Präsidium. Auch Hans Tanzer hatte schon diese Funktion inne. Ich bin ihm sozusagen auch im Gemeindeverband nachgefolgt.

TGZ: ***Sie haben in Ihrer Zeit im Verband schon mit mehreren Präsidenten zusammengearbeitet.***



Bgm. Edgar Kopp sitzt seit 1992 im Präsidium des Tiroler Gemeindeverbandes.

Kopp: Das ist richtig. Und ich hatte mit Rudolf Ostermann, Hermann Arnold, Hubert Rauch und jetzt Ernst Schöpf stets das beste Einvernehmen. Mein Bestreben war es immer, für die Sache zu arbeiten und keine Parteipolitik zu betreiben. Das hat sich als Vertreter der SPÖ im Vorstand stets bewährt. Und so möchte ich es auch weiterhin handhaben. Ich arbeite mit Leib und Seele für den Verband und bin all jenen, die mich für eine weitere Funktionsperiode vorgeschlagen haben, sehr dankbar.

TGZ: ***Welche Aufgaben nehmen sie im Gemeindeverband wahr?***

Kopp: Unter anderem sitze ich neuerdings im Landessportrat und auch im Raumordungsunterausschuss. Wichtig ist für mich auch, dass ich durch die aus der Tätigkeit im Verband resultierende Mitgliedschaft im Bundesvorstand einen Blick über die Landesgrenzen erhalte.

Peter Leitner

„Im Gemeindeverband geht es mir darum, Sach- und keine Parteipolitik zu betreiben.“
Bgm. Edgar Kopp

„Ansprechpartner für alle Gemeinden“

31 Jahre alt war Christian Härting, als er im Frühjahr 2010 erstmals zum Bürgermeister von Telfs gewählt wurde. Sein Erfolg beim Urnengang im heurigen Februar war dann erdrutschartig. Obwohl gleich sechs Kandidaten um den Sessel des Gemeindeoberhauptes gerittert hatten, setzte sich Härting bereits im ersten Wahlgang mit 74,32 Prozent der Stimmen durch. Seit April besetzt der Kommunalpolitiker auch den Sitz eines Vize-Präsidenten im Tiroler Gemeindeverband. Er stellte sich den Fragen der *TIROLER GEMEINDEZEITUNG*.

Foto: Land Tirol/Frischauf

Christian Härting wurde neu in den Vorstand des Gemeindeverbandes gewählt.

TGZ: *Wie sind Sie in die Kommunalpolitik gekommen?*

Härting: Ich war früher vereinsmäßig sehr aktiv – unter anderem im Tennisclub und dem Kulturverein Speedwing Lounge, mit dem wir unter anderem „Rock am Birkenberg“ organisiert hatten. Irgendwann fragte mich dann Langzeitbürgermeister Helmut Kopp, ob ich mir nicht eine politische Funktion vorstellen könne. So wagte ich schließlich 2004 den Einstieg und wurde Jugend- und Sportreferent. Zu rechnen war damit eigentlich nicht, da ich nur auf Listenplatz zwölf gereiht war. Aber es wurden tatsächlich so viele Mandate erobert.

„Die Stimme einer Großgemeinde im Vorstand des Tiroler Gemeindeverbandes ist sicher wichtig.“
Bgm. Christian Härting

TGZ: *Sechs Jahre später dann der Sprung auf den Bürgermeistersessel.*

Härting: Es gab schon ab 2008 einen ziemlichen Bruch mit dem damaligen Gemeindechef Stefan Opperer. Deshalb bildete sich eine neue Gruppe, in der aber eigentlich Vbgm. Michael Raffelsberger die Nummer eins war. Er zog seine Kandidatur aber drei Monate vor den Wahlen zurück. Und dann sprang ich ein. Dass „Wir für Telfs“ dann auf Anhieb fünf Mandate gemacht hat, war ebenso sensationell wie meine Wahl zum Bürgermeister. Damit hätte ich nie gerechnet.

TGZ: *Sie mussten gewissermaßen einen Kaltstart hinlegen. Wie schwierig war das?*

Härting: Anfangs galt es, viel zerbrochenes Porzellan wegzuräumen. Ich habe aber von Anfang an probiert, alle Fraktionen ins Boot zu holen. Das hat dann ganz gut geklappt.

TGZ: *Welche Zielsetzungen verfolgen Sie nun als Vize-Präsident im Tiroler Gemeindeverband?*

Härting: Ich möchte als Bürgermeister von Telfs dort die Anliegen einer Großgemeinde einbringen. Wobei ich ausdrücklich betonen möchte, dass ganz sicher nichts gemacht wird, was zu Lasten von Kleingemeinden geht.

TGZ: *Wie wichtig ist es, dass Sie als Vertreter einer Großgemeinde im Vorstand vertreten sind?*

Härting: Natürlich ist es mir wichtig, die Anliegen einer Großgemeinde einzubringen. Aber als Regionsobmann weiß ich, dass es für alle vorteilhaft ist, die Interessen der großen und kleinen Gemeinden zu verbinden. Das bringt Synergien.

Peter Leitner

NEPTUN WASSERPREIS

Einreichung und Infos unter:
www.wasserpreis.info

Schlag deine Gemeinde vor als

WasserpreisGEMEINDE 2017!

Was hat deine Gemeinde im Bereich Wasser zu bieten?
Wo erholst du dich am Wasser?
Wo gibt es Hochwasser-, Naturschutz oder Bildungsprojekte am Wasser in deiner Nähe?

Aktivitäten zum Gewässerschutz, zur Erhaltung unserer Fluss- und Seenlandschaft oder Maßnahmen zur Renaturierung, zum Hochwasserschutz oder in der Siedlungswasserwirtschaft sind gefragt. Initiativen zur Bewusstseinsbildung für die lebensnotwendige Ressource Wasser und touristische Maßnahmen wie Themenwanderwege oder Erholungszonen am Wasser können eingereicht werden. Von Bedeutung ist außerdem das Engagement von Bildungseinrichtungen wie Schulen oder Kindergärten etc. im Wasserbereich.

Mach ein Foto und sag uns, warum deine Gemeinde die **WasserpreisGEMEINDE 2017** ist!

Wasser bewegt uns auf vielfältige Weise – wir freuen uns auf Vorschläge zu:

- Tourismus, Freizeit und Erholung
- Bildung und Bewusstseinsbildung
- Hochwasserschutz und Gewässerschutz
- Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung
- Sicherung und Schutz der Ressource Wasser

TRÄGERINNEN:

PARTNERINNEN:

LÄNDER:

Außergewöhnlicher Zustrom von Hilfesuchenden – Proaktive Herangehensweise als nachhaltige Strategie

Die Marktgemeinde Telfs hat eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, um in Abstimmung mit der Firma katmakon ein praxisorientiertes Konzept für die Abwicklung eines außergewöhnlichen Zustroms von Hilfesuchenden in den verschiedensten Notsituationen zu entwickeln. Dieses wurde anlässlich eines FLGT-Gemeindestammtisches vorgestellt und andiskutiert.

Foto: Stelzl

Fachverband der leitenden Gemeindebediensteten Tirol (FLGT)

Mag. iur.
Bernhard Scharmer
Landesobmann &
Gemeindeamtsleiter
der Marktgemeinde
Telfs

Tel. 05262/6961-1000

Mobil: 0676/83038-213

E-Mail
bernhard.scharmer@
telfs.gv.at
Internet:
www.flgt.at
www.telfs.gv.at

Bei einem massenhaften Ansturm von Hilfesuchenden wie zB. bei der Flüchtlingswelle im Sommer vergangenen Jahres stoßen Bund, Länder und Gemeinden schnell an ihre Grenzen. „Die staatliche Bürokratie in den betroffenen Ländern war mit einem solchen Ausmaß überfordert“, stellte der Haller Stadtamtsdirektor Dr. Bernhard Knapp fest. Beim Gemeindestammtisch des FLGT am 1. Juni 2016 in Innsbruck waren sich alle Bürgermeister, Gemeindeamtsleiter und Experten einig, dass zur Bewältigung von Ausnahmesituationen verschiedenster Art klare Strategien notwendig sind.

Als Gastredner beim Gemeindestammtisch berichtete Ministerialrat Günter Timal von den Zuständen und der operativen Abwicklung in Traiskirchen. Timal leitet die Zivilschutzschule der Sicherheitsakademie beim Bundesministerium für Inneres, die sich unmittelbar neben der Erstaufnahmestelle befindet. Mehrere Hundert der geschätzten 6.000 Flüchtlinge mussten damals sogar in der Akademie und in Zelten auf dem Gelände notdürftig untergebracht werden.

Wie in vielen anderen Gemeinden war auch in Traiskirchen die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung groß. Freiwillige brachten Essen, Kleidung oder kümmerten sich um die Hilfesuchenden. „Die vielen Freiwilligen müssen jedoch koordiniert werden“, unterstrich Thomas Pointner, Geschäftsführer der auf Krisen- und Katastrophenmanagement spezialisierten Tiroler Firma katmakon.

In der Gemeinde Telfs treffen sich regelmäßig Vertreter der Gemeinde mit Verantwortlichen vom Roten Kreuz, dem Gesundheits- und Sozialsprengel, Integrationsbeauftragten, dem Leiter des Flüchtlingsheims und freiwilligen Helfern, um schon im Vorfeld allfällige Herausforderungen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen zu erkennen. Dabei wurde bereits ein Konzept erstellt, in welchem definiert wurde, wer welche Aufgaben wie zu erledigen hat. Es geht darum, Doppelgleisigkeiten und Missverständnisse zu vermeiden, damit auch im Ernstfall schnell und rasch reagiert werden kann.

Für alle Gemeindevertreter und Experten beim Gemeindestammtisch war klar, dass Sorgen und Ängste der Gemeindebürger ernst zu nehmen sind. Information und professionelle Kommunikation spielen hierbei eine entscheidende Rolle. Eine lebhafte Diskussion entbrannte bei der Frage nach der juristischen Zuständigkeit und der konkreten Abwicklung im Bereich Flüchtlingsunterbringung. Laut Gesetz sind Bund und Länder, aber nicht die Gemeinden in Sachen Flüchtlinge in der Pflicht. Ohne die Unterstützung der Gemeinden geht es jedoch nicht. Unbedingt erforderlich wäre hier ein umsetzbares bundesweites Gesamtkonzept, auf welches alle Beteiligten unkompliziert zurückgreifen können und das in der kommunalen Praxis umgesetzt werden kann.

„Strategie ist alles - eine proaktive Herangehensweise und die Erarbeitung eines konkreten Konzeptes geben allen Beteiligten die Sicherheit, im Ernstfall gewappnet zu sein, um Menschen in allen Notsituationen wirksam unterstützen zu können.“

Tiroler Gemeindeverband
im Internet

www.gemeindeverband-tirol.at

E-Mail:
tiroler@gemeindeverband-tirol.at

FACHVERBAND DER LEITENDEN GEMEINDEBEDIENSTEN TIROLS
FLGT TIROL
WWW.FLGT.AT

TIROLER GEMEINDEVERBAND

Ihre Ansprechpartner

BGM. MAG. ERNST SCHÖPF
PRÄSIDENT
Tel. 0512-587130
Fax. 0512-587130-14
E-Mail: tiroler@gemeindeverband-tirol.at

MAG. PETER STOCKHAUSER
GESCHÄFTSFÜHRER
Tel. 0512-587130-13
Fax. 0512-587130-14
E-Mail: p.stockhauser@gemeindeverband-tirol.at

MAG. CLEMENS PEER
GESCHÄFTSFÜHRER-STELLVERTRETER
Tel. 0512-587130-12
Fax. 0512-587130-14
E-Mail: c.peer@gemeindeverband-tirol.at

BIANCA FÖGER
BÜROLEITUNG
ASSISTENTIN DER GESCHÄFTSFÜHRUNG
Tel. 0512-587130-11
Fax. 0512-587130-14
E-Mail: b.foeger@gemeindeverband-tirol.at

Anschrift für alle: Adamgasse 7a, 6020 Innsbruck
Internet: www.gemeindeverband-tirol.at

Gesundheit, Pflege und Wissenschaft: Die Gemeinden sind unsere Partner!

Univ.-Prof. Dr. Bernhard Tilg ist in der Landesregierung als Landesrat zuständig für die Ressorts Gesundheit, Pflege und Wissenschaft. Tirols Gemeinden sind für ihn wichtige Partner.

Foto: Land Tirol/Forcher

Univ.-Prof. Dr. Bernhard Tilg, Jahrgang 1967, wohnhaft in Landeck, besucht nach Volksschule / Hauptschule Landeck-Angedair die HTL für Elektrotechnik in Innsbruck und nachher das Diplomstudium Elektrotechnik an der TU Graz. 1995 Promotion zum Dr.techn. und 1999 Habilitation für Medizintechnik an der TU Graz. Nach Forschungsaufenthalt in den USA wurde er 2002 als Universitätsprofessor an die UMIT berufen, die er von 2004 bis 2008 als Rektor und in der Folge als Geschäftsführer leitete. Seit 2008 gehört Univ.-Prof. Dr. Tilg der Tiroler Landesregierung an.

„Alle Tirolerinnen und Tiroler können darauf vertrauen, dass ihnen im Krankheitsfall eine erstklassige Gesundheitsversorgung flächendeckend zur Verfügung steht: Ein dichtgespanntes landesweites Netz von HausärztInnen, Gesundheitssprengeln, modernen Bezirkskrankenhäusern und hochspezialisierter Medizin an den Universitätskliniken in Innsbruck bietet diese Sicherheit. Nicht umsonst zählen wir Tirolerinnen und Tiroler zu den gesündesten Menschen in Europa mit der höchsten Lebenserwartung.

680 Millionen Euro Krankenhausprogramm

Um das Tiroler Gesundheitssystem nachhaltig weiterzuentwickeln, hat die Landesregierung 2011 ein Krankenhausbauprogramm beschlossen, das bis 2020 ein tirolweites Investitionsvolumen von insgesamt 680 Millionen Euro vorsieht. Das gewährleistet nicht nur für Innsbruck, sondern auch für die Standorte in Hall, Kufstein, Lienz, Reutte, St. Johann in Tirol, Schwaz und Zams den Ausbau der Spitäler. Konkret bedeutet das weitere Verbesserungen für die Patientinnen und Patienten, die an den Krankenhäusern behandelt werden, aber auch für die dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Attraktive Gehälter für ÄrztInnen und PflegerInnen

Ein zeitgemäßes und attraktives Gehaltssystem für ÄrztInnen und PflegerInnen in Tirol fixieren – das ist das ausdrückliche Ziel der Landesregierung. Zuletzt haben wir unter Einbindung der Tiroler Gemeinden ein grundsätzliches Einvernehmen über die Umsetzung der Gehaltsreform an den Tiroler Spitälern erreicht. Unsere Wertschätzung und Anerkennung gilt allen, die sich tagtäglich für die Gesundheitsversorgung in unserem Land einsetzen. Das Land Tirol übernimmt auch für die Bezirksspitäler mit fünf Millionen Euro insgesamt 50 Prozent der Kosten für die Nachzahlung aus der Neufestlegung des Vorrückungsstichtages für ÄrztInnen und PflegerInnen von Ende 2014 bis Ende 2016. Gleichzeitig deckt das Land diesen sechs Krankenhäusern für die drei kommenden Jahre insgesamt 50 Prozent der Mehrkosten für die ÄrztInnen im neuen Vergütungssystem ab.

Hausapotheke jetzt ab vier Kilometern Entfernung

Der ländliche Raum darf bei der medizinischen Versorgung nicht benachteiligt werden. Wir brauchen öffentliche Apotheken genauso wie LandärztInnen mit Hausapotheken, die im Notfall gerufen werden können. Um einen weiteren Fall „Wildschönau“ für Tirol zu verhindern waren gesetzliche Anpassungen durch das Parlament in Wien notwendig, die dank Tiroler Initiative möglich wurden. Bei Ordinationsnachfolge mit Kassenvertrag wird die Hausapotheke jetzt bewilligt, wenn die nächste öffentliche Apotheke mehr als vier statt bisher mehr als sechs Kilometer entfernt ist. Weitere Maßnahmen müssen aber folgen: Die Sicherung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum bedeutet einen gemeinsamen Kraftakt des Landes mit Sozialversicherung, Ärztekammer und Tirols Gemeinden!

Fünf Jahre Rettungsdienst Tirol: Schnell, professionell, transparent

Vor fünf Jahren wurde der öffentliche Rettungsdienst in Tirol neu organisiert. Insbesondere durch die Übertragung der tirolweiten Alarmierung wie Disponierung auf eine zentrale Landesleitstelle und die Einführung des Ärztlichen Leiters Rettungsdienst Land Tirol sind erstmals valide und vergleichbare Daten möglich. Seit 2011 alarmierte die Leitstelle Tirol den Rettungsdienst Tirol 1,5 Millionen

Mal: Das sind jährlich insgesamt rund 325.000 Einsätze für Krankentransporte und Notfallrettung. Davon werden 18.000 Einsätze durch 260 NotärztInnen in ganz Tirol geleistet.

Die Eintreffzeiten der Rettung liegen innerhalb von 15 Minuten bei 90 Prozent der Einsätze – und das im Gebirgs- und Tourismusland Tirol. Bei 70 Prozent sogar innerhalb von zehn Minuten! Das Land Tirol, die Gemeinden und die Tiroler Krankenkassen investieren jährlich rund 45 Millionen Euro in den bodengebundenen Rettungsdienst und die notärztliche Versorgung. Wir haben die schon sehr hohen Qualitätsstandards des Rettungsdienstes zugunsten der PatientInnen in ganz Tirol weiter verbessern können.

240 Millionen Euro-Pflegeplan

Gemeinsam mit seinen 279 Gemeinden ist Tirol auch in der Pflege auf einem sehr guten Weg: Wer unsere Hilfe benötigt, kann darauf vertrauen, dass diese zur Verfügung steht. Wir werden niemanden allein lassen.

Mit dem Pflegestrukturplan 2022 hat die Landesregierung im Jahr 2012 den Grundstein für den Ausbau des gesamten Pflegebereiches in Tirol gelegt: Investitionen von insgesamt 240 Millionen Euro, 1.200 zusätzliche Pflegebetten, 45 Prozent mehr mobile Dienste, ebenso zusätzliche Tagespflegeplätze, mehr betreutes Wohnen sowie 2.100 zusätzliche Pflegekräfte in Ausbildung.

Der derzeitige Stand: 6.077 Plätze in 88 Heimen, 11.134 Menschen werden in der Mobilen Pflege betreut, wofür in 63 Sozial- und Gesundheitssprengeln 920.000 Stunden im letzten Jahr geleistet wurden. Mittlerweile stehen auch 257 Tagespflege- und 91 Kurzzeitpflegeplätze in Tirol zur Verfügung. Abgesehen davon werden die Leistungen für die Palliativ- und Hospizbetreuung sowie Demenzhilfe weiterentwickelt. Auch die Einrichtungen für Schwerpunktpflege werden in Tirol systematisch ausgebaut. Außerdem wurden zusätzliche Möglichkeiten zur Pflegeausbildung geschaffen. Der Pflegeberuf hat Zukunft und bietet attraktive Arbeitsplätze. In Tirol herrscht politischer Konsens darüber, dass die Pflegegehälter in Heimen und Sprengeln an die höheren Löhne in den Spitälern anzupassen sind. Die Landesregierung und der Gemeindeverband treten für attraktive Arbeitsbedingungen in allen Bereichen des Pflegeberufes ein. Vergleichbare Arbeit muss gleich entlohnt werden.

Foto: Land Tirol

Landeck und Lienz sind neue Tiroler Universitätsstädte

Impulse zur nachhaltigen Regionalentwicklung setzt auch die Tiroler Hochschulpolitik. Das Land Tirol fördert das heuer in Lienz startende Bachelorstudium der Mechatronik mit rund 1,5 Millionen Euro jährlich. Die Landesregierung war auch Schrittmacher für das seit 2014 in Landeck angebotene Studium Wirtschaft, Gesundheits- und Sporttourismus. In beiden Fällen kooperiert die Universität Innsbruck mit der Privatuniversität des Landes UMIT. Der Weg führt in die Region, jeweils dorthin, wo auch die Infrastruktur und die praktische Expertise für das Studium liegen. Davon profitiert die Jugend durch ein zusätzliches Bildungsangebot genauso wie die Wirtschaft, der auf diese Weise hochqualifizierte Arbeitskräfte in der Region zur Verfügung stehen.

Ob also Gesundheit, Pflege oder Wissenschaft, diese Politik steht in Wechselwirkung mit der Region und ihren Gemeinden. Ich bin mir der starken Rolle der Gemeinden für ein funktionierendes Gemeinwesen in Tirol sehr bewusst. Ich bedanke mich dafür, dass sich auch die Tiroler Gemeinden dieser Verantwortung bewusst sind.“ *LR Bernhard Tilg*

Umstieg auf Elektromobilität – anhand welcher Kriterien?

Es gibt immer neuere und bessere Elektrofahrzeuge und im Rahmen des Klimaschutzes kann man einen Umstieg nur befürworten. Trotzdem gibt es noch viele Vorbehalte gegenüber E-Mobilität, da viele Fragen ungeklärt sind. Mit Hilfe einer Elektromobilitätsanalyse lassen sich diese jedoch einfach beantworten.

Foto: Julia Moll

Daniel Schwabl
GemNova
Dienstleistungs GmbH

Tel. 050 4711-11

E-Mail:
d.schwabl@gemnova.at
Internet:
www.gemnova.at

Die beiden Tiroler Sozial- und Gesundheitssprengel Telfs und Umgebung sowie Landeck-Zams-Fließ-Schönwies haben den ersten Schritt im Rahmen eines Pilotprojektes mit GemNova bereits gewagt und eine Analyse vornehmen lassen. In beiden Fällen war das Ergebnis eindeutig: Eine Umstellung des Fuhrparks spart neben Co2 auch Kosten und die Infrastruktur für die Ladestationen ist relativ einfach einzurichten. Im Einzelnen stellen sich die Ergebnisse wie folgt dar:

Für Telfs und Umgebung:

- 9 von 9 Fahrzeugen sind durch ein E-Fahrzeug ersetzbar.
- 2 Fahrzeuge legen gelegentlich bundeslandübergreifend längere Strecken zurück. Diese können aber problemlos an den Autobahnen schnellladen.
- Die Treibstoffeinsparungen durch den Umstieg betragen - selbst bei den aktuell niedrigen Dieselpreisen - 2.500 €/Jahr.
- Die CO2-Einsparungen für den gesamten Fuhrpark betragen 13 t pro Jahr, was dem jährlichen Zuwachs von etwa 1.040 Buchen entspricht (12,5 kg CO2 pro Jahr pro Buche).
- Lediglich am Standort der Zentrale in Telfs sind Ladestationen notwendig.
- Aufgrund der Fahrprofile reicht eine Ladeleistung von 2,3 kW je Ladepunkt vollkommen aus.
- Es sind 7 Ladepunkte an der Zentrale notwendig, um den Fuhrpark von 9 Fahrzeugen vollkommen elektrisch zu betreiben (7 x 2,3 kW).
- Die electricfleet-Analyse hat auch bewiesen, dass die Langstreckenfahrten mit Schnellladungen entlang der Strecken durchgeführt werdenkönnen.

Für Landeck-Zams-Fließ-Schönwies:

- 11 von 15 Fahrzeugen sind durch ein E-Fahrzeug ersetzbar.
- Die Anzahl von 5 Allradfahrzeugen ist bereits optimal. 4 dieser Fahrzeuge könnten, vom Fahrprofil her, durch E-Fahrzeuge ersetzt werden. Noch sind allerdings E-Allradfahrzeuge in der Kompaktklasse nicht erhältlich.
- Die Treibstoffeinsparungen durch den Umstieg betragen - selbst bei den aktuell niedrigen Dieselpreisen - ca. 2.070 € pro Jahr.
- Die möglichen CO2-Einsparungen liegen bei 14 t pro Jahr, was dem jährlichen Zuwachs von etwa 1.120 Buchen entspricht (12,5 kg CO2 pro Jahr pro Buche).
- Lediglich am Standort in Landeck sind Ladestationen notwendig.
- Durchschnittlich laden 7 der 11 möglichen E-Fahrzeuge in der Zentrale gleichzeitig
- Aufgrund der ausgewerteten Fahrprofile reicht dabei eine Ladeleistung von 2,3 kW je Ladepunkt aus, wodurch sich eine minimal einzuplanende Gesamtanschlussleistung von 16,1 kW ergäbe.

Diese Ergebnisse können sich sehen lassen und sind die Basis für eine rationale und sichere Entscheidung. Jeder Einwand kann anhand dieser Datenauswertung entkräftet werden, da die zugrunde liegenden Daten hinsichtlich der Kosten- und Co2 Einsparungen eine Umstellung auf Elektromobilität rechtfertigen und außer Zweifel stellen.

Wie kommt man zu diesen Ergebnissen?

Mittels Datenlogger, der in jedem Fahrzeug einfach bei der 12V Autosteckdose (Zigarettenzünder) eingesteckt wird, erfolgt die Erhebung des Fahrprofils über einen längeren Zeitraum von ca. 4 Wochen. Dabei wird neben dem persönlichen Fahrverhalten, den Fahrstrecken auch die jeweilige Topografie berücksichtigt, denn auch das Gelände (Stadt oder Land, Berg-

und Talfahren) sowie die verschiedenen Jahreszeiten (hinsichtlich Winterfahrten) haben erhebliche Auswirkungen auf die Reichweite von Elektrofahrzeugen. Anhand dieser Daten ist für jedes einzelne Fahrzeug eine individuelle Datenerhebung und in weiterer Folge Auswertung möglich. Die Ergebnisse fundieren auf echten Daten und nicht auf Schätzungen oder sonstigen Messwerten, die zu Verfälschungen führen könnten.

Neben den möglichen Kosten- und Co2 Einsparungen wird bei jeder Analyse zudem die Infrastruktur berücksichtigt, sodass auch die notwendigen Ladestationen sofort ersichtlich sind und in weiterer Folge die damit verbundenen Investitionen, welche unter Umständen notwendig sind. Dabei wird die vorhandene Infrastruktur miteingebunden. Nach Auswertung aller Daten erfolgen die Vorschläge für konkrete Elektrofahrzeugmodelle, die individuell in Frage kommen, denn nicht jedes Fahrzeug ist für jedes Fahrprofil aufgrund der jeweiligen technischen Spezifikationen geeignet. Um hierzu die richtige Entscheidung treffen zu können, ist eine vorherige Elektromobilitätsanalyse unabdingbar. Die Analyse zeigt auf einen Blick, ob und wie eine Umstellung Sinn macht und gibt die Sicherheit einer fundierten Auswertung.

GemNova bietet kostengünstige Elektromobilitätsanalyse

In Zusammenarbeit mit der Firma Energie Ingenieure GmbH bietet GemNova DienstleistungsGmbH bis April 2017 die kostengünstige Möglichkeit einer Fuhrpark-Analyse. GemNova verfügt insgesamt über ein Kontingent von 500 Fahrzeugen und bietet dieses allen Tiroler Gemeinden zu folgenden Konditionen an:

€ 247,- netto pro Fahrzeug
abzüglich € 50,- netto
GEMNOVA-Gutschein pro Fahrzeug
kostenlose Miete des Datenloggers

IHRE VORTEILE

- Dieser Preis wird ermöglicht durch das “500er Analyse- Kontingent-GemNova“
- Normalpreis für die Einzel-Premium-Analyse sind € 385,- netto

- Kostenüberblick und Einsparungspotential Ihrer Elektroflotte
- Beschaffung der Fahrzeuge durch GemNova mit bestmöglichen Konditionen
- Beschaffung der Ladeinfrastruktur durch GemNova und damit minimale Zusatzkosten
- Berücksichtigung der Förderinfrastruktur
- 100% neutrale Beratung und Beurteilung

„Die Elektromobilität ist ein wichtiges Thema in den Gemeinden mit großer Auswirkung auch auf die Bevölkerung. Die GemNova bietet mit der Elektromobilitäts-Analyse den Gemeinden ein wichtiges Werkzeug an um diesen Prozess zu beschleunigen und um letzte Zweifel zu beseitigen. Wir freuen uns hierbei behilflich zu sein und die Gemeinden fit für die Zukunft zu machen“, sagt Daniel Schwabl, Einkäufer bei GemNova.

GEM
NOVA

63. Österreichischer Gemeindetag und Kommunalmesse 2016

Der **63. Österreichische Gemeindetag** findet am **6. und 7. Oktober 2016** im Klagenfurter Messezentrum unter dem Motto **„Die Gemeinden – das Rückgrat Österreichs, Vielfalt erhalten – gemeinsam gestalten“** statt.

Anmeldungen auf **www.gemeindetag.at**

Die **Kommunalmesse 2016** hat am 6. Oktober von 9 bis 17 Uhr und am 7. Oktober von 9 bis 13 Uhr geöffnet.

Auf 10.000 m² stellen mehr als **100 Aussteller** aus dem In- und Ausland ihre Produkte und Innovationen den mehr als 2500 Besuchern aus praktische allen österreichischen Gemeinden vor.

Infos: **www.diekommunalmesse.at**

Tel. 0512 583363-0
Mail: sek.innsbruck@owd.at

www.owd.at

ÖWD
SECURITY & SERVICES

Geschätzte Gemeindefunktionäre!

Mit dem internationalen Warenverkehr einhergehend steigt auch die Gefahr des Verschleppens von Krankheiten und Schädlingen an Bäumen und Pflanzen. Einzelne fremdländische Arten kommen auch mit unserem Klima gut zurecht und können erhebliche wirtschaftliche Schäden verursachen. Heimische Ökosysteme sind häufig stärker anfällig gegenüber diesen Arten, da Pflanzen auf Grund der fehlenden Anpassung keine wirkungsvollen Abwehrreaktionen setzen können und zudem Gegenspieler (Nützlinge) fehlen.

Für Laubgehölze ist hier vor allem der Asiatische Laubholzbockkäfer zu DER Problemart geworden. Dieser Schädling wird häufig über unzureichend behandeltes Verpackungsholz, mit Steinlieferungen (vor allem Granit) aus dem südostasiatischen Raum, eingeschleppt. Die besondere Gefahr liegt darin, dass auch vollkommen gesunde heimische Laubgehölze befallen werden und bei starkem Befall innerhalb weniger Jahre absterben. Der Asiatische Laubholzbockkäfer wird zu den 100 gefährlichsten invasiven Arten weltweit gezählt, entsprechend bestehen auch sehr strenge rechtliche Bestimmungen zur Bekämpfung und Überwachung.

In Mitteleuropa kam es in den letzten Jahren zu mehreren Ausbrüchen, unter anderem mussten auch in Oberösterreich schon drei Befallsgebiete festgestellt werden. Neben sehr hohen Folgekosten und Einschränkungen im Warenverkehr (Holz, Pflanzen) wird von sehr emotional geführten Diskussionen mit betroffenen Anrainern berichtet, wenn beispielsweise sämtliche Bäume und Sträucher in Gärten entfernt werden müssen.

Die Landesforstdirektion hat ein entsprechendes Merkblatt erstellt, welches hiermit übermittelt wird. Von unserer Seite ergeht in diesem Zusammenhang das Ersuchen, im kommunalen Bauwesen (Straßenbau, Dorfplätze u.a.) wieder vermehrt heimisches Gesteinsmaterial einzusetzen. So kann ein wertvoller Beitrag zur Vorsorge geleistet werden.

Mag. Ernst Schöpf
TGV-Präsident

Dipl-Ing. Josef Fuchs
Landesforstdirektor

Asiatischer Laubholzbockkäfer

Exotischer Schädling bedroht heimische Laubhölzer

Der Asiatische Laubholzbockkäfer (ALB) ist ein gefährlicher Schädling für heimische Laubhölzer. In den letzten Jahren wurde der Käfer in Mitteleuropa vor allem über unzureichend behandeltes **Verpackungsholz mit Steinimporten aus Asien** eingeschleppt und führte zu großen Problemen.

Diese Art befällt die meisten heimischen Laubhölzer in **frischem Zustand**. Bei starkem Befall **sterben gesunde Bäume** innerhalb weniger Jahre ab. Zudem fehlen bei uns die natürlichen Gegenspieler. Der Asiatische Laubholzbockkäfer wird weltweit in den **100 gefährlichsten invasiven Arten** eingestuft, daher gelten auch sehr strenge Quarantänebestimmungen für Bekämpfung und Überwachung. Neben **hohen Kosten** dafür ist ein Befall auch stets mit **Einschränkungen im Warenverkehr** (Holz, Pflanzen) verbunden.

Maßnahmen können dann effektiv durchgeführt werden, wenn **rasch gehandelt** wird. Hier ist der Amtliche Pflanzenschutzdienst besonders auf die **Mithilfe der Bevölkerung** und von steinhandelnden **Betrieben** angewiesen.

Ausgewachsener Käfer ca. in Originalgröße

Wie kann ich helfen?

Bei Verdacht ergeht die Bitte um eine möglichst rasche Mitteilung an den **Amtlichen Pflanzenschutzdienst**. Nach Möglichkeit wird jeder Verdachtsmeldung nachgegangen und jeder Verdacht abgeklärt.

Kontakt:
Amt der Tiroler Landesregierung
Abteilung Waldschutz
+43 512 508 4602
waldschutz@tirol.gv.at

tirol
Unser Land

Absterbender Laubbaum nach starkem Befall

Kreisrunde Bohrlöcher (Durchmesser 1 - 1,5 cm)

Erkennungsmerkmale

- **Kreisrunde Bohrlöcher** mit einem Durchmesser von 1 – 1,5 cm an Laubhölzern
- Relativ grobe **Holznagespäne** in den Astgabeln von Laubhölzern oder an Verpackungsholz
- 2 – 3,5 cm große glänzend **schwarze Käfer mit weißen Flecken** auf den Flügeldecken und langen Fühlern
- **Larvengänge** im Verpackungsholz bzw. im Laubgehölz, gefüllt mit langen weißen Larven (bis 5 cm), Puppen oder Käfern und Holznagespänen

Verschiedene Entwicklungsstadien im Holz, Bohrgänge und Nagespäne

Gemeindekooperationen sind zentrale Zukunftsaufgabe

Gemeindelandesrat Johannes Tratter (links) und Institutsdirektor Peter Bußjäger präsentieren die aktuelle Studie.

Wachsende Aufgabenfülle und komplexe Rechtsfragen bei zugleich enger werdenden finanziellen und personellen Ressourcen: Dies sind die schwierigen Rahmenbedingungen, mit denen viele Tiroler Gemeinden heute zurechtkommen müssen.

In der Praxis zeigt sich, dass das Bündeln von Kräften und gemeindeübergreifende Zusammenarbeit immer häufiger als Chance ergriffen wird, damit gewünschte Vorhaben und Entwicklungen dennoch finanzierbar und umsetzbar sind. Um den aktuellen Stand zu erheben und Potenziale für die Zukunft aufzuzeigen, hat LR Johannes Tratter das Institut für Föderalismus mit der Erstellung einer Studie beauftragt. Diese wurde heute vom Tiroler Gemeindelandesrat gemeinsam mit Institutsdirektor Peter Bußjäger vorgestellt.

Tiroler Gemeinden arbeiten zusammen, aber Luft nach oben

Die Studie unter dem Titel „Interkommunale Zusammenarbeit in Tirol" informiert über Kooperationsmodelle im deutschsprachigen Raum. Sie weist für unser Bundesland bereits ein beachtliches Niveau der Zusammenarbeit aus, informiert LR Tratter: „Es gibt 290 bestehende Gemeindeverbände und darüberhinaus eine große Zahl informeller Formen der Zusammenarbeit. Quantitativ führend ist der Bildungsbereich mit 217 Schulsprengeln sowie der Sozialbereich mit 162 Einheiten, darunter Sanitätssprengel, Sozial- und Gesundheitssprengel, Krankenhäuser sowie Alten- und Pflegeheime."

Dieses erfreuliche Ausmaß bedeute aber noch nicht das Ende der Fahnenstange. „Die steigende Komplexität vieler Verwaltungsmaterien, die demografische Entwicklung, die teilweise angespannte Finanzlage sowie die hohe Erwartungshaltung der Bevölkerung hinsichtlich öffentlicher Dienstleistungen lassen vielmehr den Druck vor allem auf die Klein- und Kleinstgemeinden weiter steigen", weiß LR Tratter.

Dass bei der interkommunalen Zusammenarbeit Luft nach oben besteht, mag schon die Feststellung der Studie belegen, dass nur neun gemeinsame Wirtschaftsstandorte oder nur sieben Verwaltungs-

kooperationen erhoben werden konnten.

Studie stellt fest: Gemeindefusionen sind kein Patentrezept

Der Blick auf Lösungsmodelle im deutschsprachigen Raum, den die Studie vornimmt, zeigt, dass überall nach neuen Wegen gesucht wird. „Es gibt aber kein Generalrezept", erteilt Peter Bußjäger, Direktor des Instituts für Förderalismus, dem Wunsch nach einfachen Lösungen eine klare Absage. Die Analyse zeige vor allem, dass Gemeindefusionen – in diesem Zusammenhang häufig gefordert – kein Allheilmittel seien. Es sei sinnvoller, je nach Aufgabengebieten unterschiedliche Ansätze zu verfolgen: „Während zum Beispiel raumbezogene Leistungen durch ein engeres Zusammenrücken besser bewältigt werden können, empfehlen sich für andere Aufgaben überregionale Lösungen, wie sie in Tirol etwa mit den Gesundheits- und Sozialsprengeln umgesetzt wurden."

Für LR Tratter erweist sich die Studie als aussagekräftige und praxisgerechte Ausgangsbasis für den Anstoß künftiger Weiterentwicklungen: „Ich danke dem Institut für Föderalismus für diese präzise Grundlagenarbeit. Die Tiroler Landespolitik bekennt sich dazu, Kooperationen auf freiwilliger Basis zu unterstützen. Wir stehen aber alle im Auftrag unserer Bürgerinnen und Bürger, und das bedeutet, dass am Ende nur Ergebnisse im Sinne von Qualität und Wirtschaftlichkeit zählen!"

Neu: Kooperationspreis soll Fokus auf Zusammenarbeit richten

Um verstärkt zur qualitätsvollen Weiterentwicklung der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit in Tirol anzuregen und damit verbundene Chancen öffentlich aufzuzeigen, stellt Gemeindelandesrat Johannes Tratter einen Kooperationspreis für besonders gelungene Projekte und Initiativen in Aussicht.

Statistik

- 946 Kooperationen gesamt
- Aus der Perspektive der Gemeinden 7.605 Kooperationsschnittstellen
- Im Durchschnitt acht Gemeinden pro Kooperation
- Jede Gemeinde ist durchschnittlich an 27 Kooperationen beteiligt.
- Pro Kopf der Bevölkerung weist der Bezirk Reutte vor Landeck und Lienz die meisten Kooperationen auf

Bewertung

- Wenige Beispiele in den Bereichen Wirtschaft/Standorte und Verwaltung
- Potenziale in der Infrastrukturbetreuung
- Regionales Denken spielt geringe Rolle

Entwicklung im deutschsprachigen Raum

- Eindeutiger Trend: Zunehmende Komplexität erfordert höheren Spezialisierungsgrad
- Kein durchgehender „roter Faden", aber ähnliche Organisationsmuster
- Keine flächendeckende Umsetzung, sondern punktuelle Lösungsmodelle (Ausnahmen Vorarlberg mit Baurechts-, Personal- und Finanzverwaltungen und Südtirol mit der Zentralisierung der EDV-Betreuung und Personalverwaltung)
- Sonderfall Schweiz – Druck auf Fusionen (mit sinkender Dynamik); Sondersituation Steuereinhebung

Die gesamte Studie ist auf der Homepage des Instituts für Föderalismus zu finden: *http://www.foederalismus.at/*

Der Tiroler Gemeindeverband im Internet:
www.gemeindeverband-tirol.at

Kommunen investieren weiter stark in ihre Infrastruktur

Kürzlich wurde der aktuelle Bericht zur Finanzlage der Tiroler Gemeinden 2015 veröffentlicht. Die jährlich von der Abteilung Gemeinden herausgegebene Publikation informiert mit ihrer Zusammenfassung relevanter Zahlen und Fakten über die finanzielle Situation der Kommunen, über den Grad der Verschuldung sowie über die Verwendung der Bedarfszuweisungen aus dem Gemeindeausgleichsfonds (GAF).

Gemeindereferent LR Johannes Tratter sieht im Hinblick auf die Finanzkraft positive Tendenzen für Tirol: „Im Österreichvergleich zählt unser Bundesland zu den Ländern mit der geringsten Pro-Kopf-Verschuldung. Zudem weisen die Gemeinden einen nachweisbaren Trend rückläufiger Verschuldung auf!“ So sank der durchschnittliche Verschuldungsgrad im Jahr 2015 wieder auf 29 Prozent, deutlich zeigen sich Fortschritte bei jenen Gemeinden, die zuvor noch einen starken (über 50-prozentigen) Verschuldungsgrad oder Vollverschuldung (über 80 Prozent) aufgewiesen hatten. LR Tratter: „Zu dieser Gruppe zählte im Jahr 2015 nur mehr jede vierte Gemeinde, 2014 jedoch noch fast jede dritte Gemeinde.“

Im Vergleich dazu stieg die Anzahl der schuldenfreien, lediglich gering und mittelmäßig verschuldeten Gemeinden im Jahr 2015 folglich auf 74 Prozent an. Zum Vergleich: Am Gipfel der Wirtschafts- und Finanzkrise in den Jahren 2009 und 2010 war vergleichsweise noch fast jede zweite Gemeinde stark oder voll verschuldet. Gemeindelandesrat Johannes Tratter hebt beim Thema Finanzlage den immer stärker zu beobachtenden und vom Land Tirol unterstützten Trend zur Zusammenarbeit hervor: „Das Bündeln von Kräften und die gemeindeübergreifende Umsetzung größerer Vorhaben stärkt die Finanzkraft aller beteiligten Gemeinden. Dieser Ansatz wird daher künftig noch zu forcieren sein.“

Der Schuldenstand der Tiroler Gemeinden ist von 790,5 Millionen Euro im Jahr 2014 auf 814,6 Millionen Euro im Jahr 2015 angestiegen. Der bisherige Höchststand an Finanzschulden im Jahr 2009 lag mit 818 Millionen Euro noch etwas darüber. Der Großteil der Darlehensaufnahmen betrifft die Stadtgemeinde Innsbruck mit rund 20,0 Millionen Euro für die Finanzierung notwendiger Großprojekte.

Diesem Anstieg liegt die durchaus positive Tatsache zugrunde, dass die Gemeinden auch im Jahr 2015 wieder kräftig investiert und damit zur Belebung der Tiroler Wirtschaft und Konjunktur beigetragen haben. Dazu korrespondierend stieg das Volumen der außerordentlichen Haushalte (Investitionen und Vorhaben) um fast zehn Prozent an.

Ein großer Teil der bestehenden Darlehen der Tiroler Gemeinden betrifft zinsgünstige Darlehen, die für den Ausbau der Wasserversorgung oder für die Abwasserbeseitigung und für den Wohnbau aufgenommen wurden. Durch diese Investitionstätigkeit der Gemeinden entstehen bleibende Werte in der Infrastruktur wie z.B. ein modernes gut ausgebautes Kanalisationssystem.

Die Steigerungen bei den Abgabenertragsanteilen als wichtigste Einnahmenquelle der Gemeinden und bei den eigenen Gemeindesteuern sind 2015 wieder erfreulicherweise höher ausgefallen als noch in den Vorjahren. Auf der Ausgabenseite steigen die Leistungen für den Sozial- und Gesundheitsbereich weiter an. Dennoch stieg der Überschuss der fortdauernden (laufenden) Einnahmen über die Ausgaben.

Die Landesregierung bekennt sich klar dazu, den Tiroler Gemeinden weiterhin bei der Erfüllung ihrer großen Aufgabenvielfalt verlässlich zur Seite zu stehen. Sie wird diese auch künftig bei der Durchführung von Vorhaben über die Gewährung von Bedarfszuweisungen aus dem Gemeindeausgleichsfonds unterstützen.

Im Jahr 2015 wurden dafür knapp 103 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Der aktuelle Bericht zur Finanzlage der Tiroler Gemeinden 2015 ist unter *www.tirol.gv.at/abteilung-gemeinden/* zu finden.

2015. XVI, 156 Seiten. Br.
EUR 36,–
ISBN 978-3-214-04079-6

Die belangte Behörde

AUTOREN: *Brandstetter · Larcher · Zeinhofer*

Schritt für Schritt durch das Verwaltungsgerichtsverfahren – aus Sicht der bescheiderlassenden Verwaltungsbehörde:

- Welche Rolle spielt sie in diesem Verfahren?
- Welche Parteirechte kommen der belangten Behörde zu?
- Welchen Einfluss hat sie auf den Ablauf einer mündlichen Verhandlung?
- Welche Besonderheiten ergeben sich bei der Beteiligung von Kammern und deren Organen?

Durch **Beispiele, Praxistipps, Grafiken** und **Muster** fördert dieser Leitfaden das Verständnis dieses Rollenwechsels und bietet damit einen praktischen Wegweiser durch die zahlreichen Regelungen, die es vor, während und nach dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren zu beachten gilt.

Die Autoren:
Dr. **Markus Brandstetter,** Richter des LVwG Oberösterreich; Dr. **Albin Larcher,** Vizepräsident des LVwG Tirol; Dr. **Markus Zeinhofer,** Richter des LVwG Oberösterreich.
Unter Mitarbeit von Dr. **Josef Wagner,** LL.B., Rechtsexperte der WKO Oberösterreich.

Bestellung: (01) 531 61-100, Fax (01) 531 61-455, E-Mail bestellen@manz.at

☐ **Brandstetter · Larcher · Zeinhofer, Die belangte Behörde**
2015. XVI, 156 Seiten. Br. EUR 36,– ISBN 978-3-214-04079-6

Bei Bestellung im Webshop www.manz.at portofreie Lieferung!*

Preise inkl. MWSt., zzgl Versandkosten. *Portofreie Lieferung in Österreich bei Buch-Bestellung im Webshop. Lieferung unter Eigentumsvorbehalt. Datenträger und Sammelwerke zur Fortsetzung bis auf Widerruf; der Widerruf entfaltet keine Wirksamkeit für bereits erhaltene, sondern nur für zukünftige Lieferungen und hat schriftlich zu erfolgen. Irrtum und Preisänderungen vorbehalten. Ich bin damit einverstanden, dass ich gelegentlich per Fax, per E-Mail oder telefonisch über Neuerscheinungen des MANZ Verlags informiert werde und dass meine Daten zu diesem Zweck gespeichert und verwendet werden. Die Zustimmung kann jederzeit schriftlich widerrufen werden. Kundenbezogene Daten werden zur Vertragserfüllung und Abrechnung gespeichert und verwendet. Konsumenten iSd § 1 KSchG sind unbeschadet der in § 18 FAGG angeführten Ausnahmen innerhalb von 14 Tagen ab dem Tag des Einlangens der Lieferung gem § 11 FAGG zum Vertragsrücktritt berechtigt. Prospektstand: 12/2015. Als Gerichtsstand wird Wien vereinbart. FN 124 181 w, HG Wien.

KUNDENNUMMER R4062

FIRMA .....

NAME .....

STRASSE · PLZ · ORT .....

E-MAIL .....

TELEFON · FAX .....

DATUM · UNTERSCHRIFT .....

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH FIRMENSITZ *Kohlmarkt 16 · 1014 Wien*
FN *124 181w HG Wien* TEL *+43 1 531 61-100* FAX *+43 1 531 61-455 bestellen@manz.at*

Bauliche Lösungen für alle Lebenslagen

Architektenwettbewerbe haben sich in vielen Tiroler Gemeinden bewährt, um Lösungen für öffentliche Bauaufgaben zu finden. Gut vorbereitete Raumprogramme, kompetente Umsetzung und eine hohe Zufriedenheit bei der Bevölkerung sind nur einige Vorteile, die die politischen Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinden wahrnehmen.

Foto: Archlng

Architekt DI Daniel Fügenschuh
Sektionsvorsitzender Architekten der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Tirol und Vorarlberg

Rennweg 1
6020 Innsbruck

Tel. 0512 588 335
Fax: 0512 588 335-6
E-Mail: arch.ing.office@kammerwest.at
Internet: www.kammerwest.at

Es wird eine Schule gebraucht oder ein Nahversorger, die Feuerwehr soll ein modernes Haus bekommen, die Musikkapelle ein Probelokal. Besonders dringlich ist oft der Bedarf an Wohnraum für die Jungen oder an betreuten Wohnungen für die Älteren. Für die Gemeinden bedeutet das, dass sie öffentliche Bauten mit ganz unterschiedlichen Anforderungen realisieren müssen. Das wirft regelmäßig Fragen nach dem Raumprogramm und den baulichen Lösungen auf und danach, welche Architektin, welcher Architekt die besten Ideen einbringen kann. Um zu Ergebnissen zu gelangen, die zu einer Gemeinde passen und vom überwiegenden Teil der Bevölkerung mitgetragen werden, sind Architektenwettbewerbe eine sinnvolle Möglichkeit, sagt Daniel Fügenschuh, Vorsitzender der Sektion Architekten in der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Tirol und Vorarlberg. Für verschiedene Anlässe gibt es verschiedene Verfahren, geladene wie offene Wettbewerbe können zu guten Resultaten führen. Der zeitliche Aufwand ist zwar etwas größer, rechnet sich aber im Allgemeinen. Auch der unwesentlich höhere finanzielle Aufwand – knapp ein Prozent der Baukosten – kann von Wohnbauförderung und Dorferneuerung abgefedert werden.

Vor allem Vorteile sehen auch jene politischen Vertreter, die bereits Erfahrungen mit Wettbewerben haben. Helmut Margreiter, Bürgermeister von Steinberg am Rofan, musste mitansehen, wie das Dorfzentrum nach und nach verwaiste: Lebensmittelgeschäft und Gasthof waren geschlossen, ein Veranstaltungssaal für die fröhlichen und die traurigen Zusammenkünfte „von der Wiege bis zur Bahre“ fehlte. Die Belebung des Ortskerns in der 300-Seelen-Gemeinde wollte der Gemeinderat aber nicht auf eigene Faust durchführen, sondern als Projekt der Bürger umsetzen. Mithilfe der Dorferneuerung und eines moderierten Bürgerbeteiligungsverfahrens wurde das Raumprogramm festgelegt: ein gesellschaftliches Zentrum mit Gastronomie, einem Nahversorger und einem Veranstaltungssaal. Zum Wettbewerb lud die Gemeinde fünf Architekten, deren kommunale Bauten sie beeindruckt hatten. „Wir wollten“, sagt Helmut Margreiter, „die Vielfalt – nicht die unbegrenzte, sondern fünf Vorschläge, bei denen sich die Architekten mit ihrer Sichtweise und Kompetenz stark einbringen.“ Wichtig war der finanzschwachen Gemeinde auch, dass der Kostenrahmen von 2 Millionen für Dorfhaus und Dorfplatz eingehalten wurde. Die Jury entschied sich schließlich einstimmig für das Projekt des Vorarlberger Architekten Bernardo Bader, das zwischen April und November 2015 gebaut wurde. Seither erfreut sich das Dorfhaus bei den Menschen im Ort und in der Umgebung großer Beliebtheit. Die Verwendung von Lärchenholz aus der Umgebung sowie eine Gastronomie, die die Gemeinde selbst führt und durch die somit neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten, sorgen für eine hohe Identifikation – genauso wie die Tatsache, dass die Bürgerinnen und Bürger am Entstehungsprozess beteiligt waren und ihre Wünsche auf dem Weg des Wettbewerbs modern und qualitativ hochwertig umgesetzt wurden.

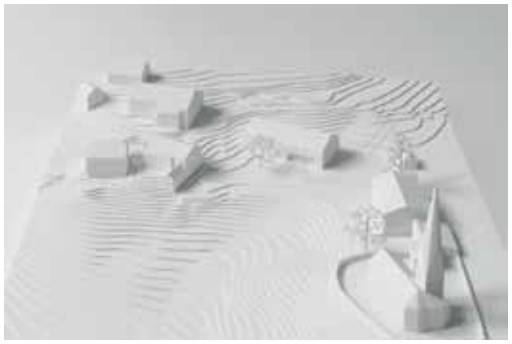
Belegung des Zentrums: Dorfhaus in Steinberg am Rofan

Dorfhaus in Steinberg am Rofan – Architektur: Bernardo Bader Architekten, Dornbirn

Schönheit, Funktionalität und ungewöhnliche Lösungen überzeugten auch in Weißenbach am Lech und Kals am Großglockner die Bevölkerung. Ein Mehrzwecksaal mit Probelokal und Turnsaal gab 2008 in Weißenbach am Lech Anlass für einem geladenen Wettbewerb. Entstanden ist ein transparentes Gebäude nach dem Entwurf von Kathrin Aste, das zum Teil im Hang verborgen ist und nicht nur von Vereinen und Schulkindern begeistert genützt wird. Kals benötigte gleich ein ganzes neues Ortszentrum, das in vier Stufen gebaut wurde. Der grundlegende Entwurf ging aus einem geladenen Wettbewerb hervor. Nicht für alle Einzelprojekte wurden aber weitere Wettbewerbe durchgeführt, weil die Gemeinde irgendwann wusste, dass alles vom Büro Schneider & Lengauer – „aus einem Guss", wie Bürgermeisterin Erika Rogl sagt – sein sollte. So zeigen sich heute Glocknerhaus (2000), Haus de calce (2006), Widum (2007), Kulturhaus (2013) und dazwischen ein viel frequentierter Dorfplatz als geschlossenes Ensemble, auch wenn manche ursprünglich geplante Nutzungen doch nicht umgesetzt werden mussten und andere dazugekommen sind.

Dass sich in Kals, Steinberg und Weißenbach auch jene für die neuen Bauten erwärmen konnten, die eine „traditionelle" Architektur lieber gesehen hätten, hat viel mit den Stärken des Wettbewerbs zu tun. In einem Satz fasst es Erika Rogl zusammen: „Jeder macht das, was er am besten kann." Die zukünftigen Nutzer überlegten sich schon vor der Ausschreibung sehr genau, welche Funktionen und welches Volumen die Bauten haben sollten. Die Gemeinden sorgten für den finanziellen Rahmen, die Jury für die – anonyme und unabhängige – Entscheidung, was auch vergaberechtliche Sicherheit bedeutet. Die Architektur lag schließlich in den Händen der Architekten, die für jede einzelne Aufgabe schlüssige Lösungen fanden.

Esther Pirchner



Modellfoto Architekturwettbewerb Bernardo Bader Architekten, Dornbirn

Aktuelles aus der Geschäftsstelle

von Mag. Peter Stockhauser und Mag. Clemens Peer

Foto: Die Fotografen

Mag. Peter Stockhauser, Geschäftsführer

Adamgasse 7a
6020 Innsbruck

Tel. 0512 587 130-13
Fax: 0512 587 130-14

E-Mail: p.stockhauser@gemeindeverband-tirol.at
Internet:
www.gemeindeverband-tirol.at

❍ **Kommunalsteuerprüfungen im Rahmen der gemeinsamen Prüfung der lohnabhängigen Abgaben (GPLA)**

Seit einigen Jahren obliegt in Anwendung der Bestimmung des § 14 Abs. 1 Kommunalsteuergesetz 1993 die Kommunalsteuerprüfung dem für die Lohnsteuerprüfung zuständigen Finanzamt oder dem für die Sozialversicherungsprüfung zuständigen Krankenversicherungsträger im Rahmen der sog. „GPLA-Prüfungen". Davon unberührt bleibt das Recht der Gemeinden auf Durchführung einer Nachschau nach der seinerzeit in Geltung stehenden Tiroler Landesabgabenordnung – TLAO, wobei § 148 Abs. 3 BAO sinngemäß anzuwenden ist. Für Rückfragen und weitere Informationen zu diesem Thema stehen den Gemeinden beim Finanzamt Innsbruck die GPLA-Teamleiter Gerhard Steurer (Tel. Nr.: 0664/8311270; E-Mail: Gerhard.steurer@bmf.gv.at) und Hubert Windisch (Tel. Nr.: 0664/8311249; E-Mail: Hubert.windisch@bmf.gv.at) zur Verfügung.

❍ **Hinweis auf die Evidenz des Tiroler Landtages**

Aus aktuellem Anlass wird darauf hingewiesen, dass auf der Homepage des Landes Tirol (www.tirol.gv.at) unter der Rubrik „Landtag – Parlamentarische Materialien – Landtagsevidenz – Aktuelle Erweiterte Tagesordnung" u. a. sämtliche Begutachtungsentwürfe, Regierungsvorlagen und Stellungnahmen zu aktuellen landegesetzlichen Vorhaben abgerufen werden können. In dieser Landtagsevidenz finden sich aktuell zB alle Informationen und Unterlagen zu den bevorstehenden Novellen des Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 2012, des Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes, des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2011 und der Tiroler Bauordnung 2011.

❍ **Heranziehung von nichtamtlichen Sachverständigen**

Aufgrund zahlreicher Anfragen zu diesem Thema wird neuerlich auf die rechtskonforme Vorgangsweise im Zuge der Heranziehung von nichtamtlichen Sachverständigen (z.B. im Bauverfahren) hingewiesen. In diesem Zusammenhang sind folgende Veranlassungen zu treffen bzw. zu beachten (entsprechende Musterbescheide finden sich im „Anmeldebereich" auf der Homepage des Tiroler Gemeindeverbandes):

1. Bestellung des nichtamtlichen Sachverständigen mittels Bescheid
Achtung: Die Bestellung gilt nur für das jeweilige Verfahren und ist deshalb für jedes Verfahren gesondert vorzunehmen. Nichtamtliche Sachverständige sind von der bestellenden Behörde nur dann zu beeiden, wenn sie nicht schon für die Erstattung von Gutachten der erforderlichen Art allgemein beeidet sind (siehe § 52 Abs. 4 AVG).
2. Geltendmachung der Gebühren durch den nichtamtlichen Sachverständigen gegenüber der Behörde nach den Bestimmungen des Gebührenanspruchsgesetzes;
3. Es wird empfohlen, die Gebührennote des nichtamtlichen Sachverständigen an den verfahrenseinleitenden Antragsteller bzw. an den Verschuldner der Amtshandlung zur Stellungnahme zu übermitteln;
4. Bestimmung der Gebühren mittels Bescheid nach § 53a AVG gegenüber dem nichtamtlichen Sachverständigen;
5. Nach Rechtskraft des „Bestimmungsbescheides" sind die Gebühren durch die Behörde (Gemeinde) zunächst an den nichtamtlichen Sachverständigen zu bezahlen.
6. Vorschreibung der Gebühren als „Barauslagen" nach § 76 AVG gegenüber dem verfahrenseinleitenden Antragsteller bzw. dem Verschuldner der Amtshandlung.

❍ **Terminaviso: Schulungen für Mitglieder von Überprüfungsausschüssen**

Seitens des Tiroler Gemeindeverbandes wurden für Mitglieder von gemeindlichen Überprüfungsausschüssen bezirksweise Schulungsveranstaltungen organisiert. Bei diesen Veranstaltungen werden jeweils ein Mitarbeiter / eine Mitarbeiterin der Gemeindeaufsicht der jeweiligen Bezirks-

hauptmannschaft, ein Mitarbeiter / eine Mitarbeiterin der Kufgem-EDV GmbH als „EDV-Dienstleister“ sowie ein Mitarbeiter des Tiroler Gemeindeverbandes die Themenbereiche vortragen. In diesem Zusammenhang darf auch auf den „Leitfaden für Mitglieder der Überprüfungsausschüsse“ als wertvollen Arbeitsbehelf hingewiesen werden. Dieser Leitfaden ist in gebundener Form beim Tiroler Gemeindeverband erhältlich bzw. kann auf der Homepage des Tiroler Gemeindeverbandes im Downloadbereich abgerufen werden. Die Schulungsveranstaltungen finden an folgenden Terminen statt (eine gesonderte Anmeldung ist nicht erforderlich):

Datum	Bezirk	Veranstaltungsort	Uhrzeit
12.09.2016	Schwaz	Festsaal der Gemeinde Strass 6261 Strass im Zillertal	18.30 – 21.00
14.09.2016	Landeck	BH Landeck, Veranstaltungssaal, Innstraße 5, 6500 Landeck	18.30 – 21.00
16.09.2016	Imst	Rathaus Imst (Kleiner Stadtsaal), Rathausstraße 9, 6460 Imst	18.30 – 21.00
19.09.2016	Reutte (1. Block)	BH Reutte (Saal Gehrenspitze), Obermarkt 7 und 5, 6600 Reutte	15.00 – 17.30
19.09.2016	Reutte (2. Block)	BH Reutte (Saal Gehrenspitze), Obermarkt 7 und 5, 6600 Reutte	18.00 – 20.30
20.09.2016	Kufstein	Gemeindezentrum Angath, Kirchplatz 3, 6321 Angath	18.30 – 21.00
21.09.2016	Kitzbühel	Rathaus Kitzbühel, Saal Hahnenkamm, 3. Stock, Hinterstadt 30, 6370 Kitzbühel	18.30 – 21.00
26.09.2016	Ibk.-Land (Ost)	Mehrzwecksaal Wattens, Oberdorf, 6112 Wattens	18.30 – 21.00
28.09.2016	Ibk.-Land (West)	Haus der Gemeinde, Kematen, Dorfplatz, 6175 Kematen	18.30 – 21.00
29.09.2016	Lienz	Nußdorf-Debant, Kultursaal, Hermann-Gmeiner-Str. 4, 9990 Nußdorf-Debant	18.30 – 21.00

❍ **Weitere Schulungs- und Informationsveranstaltungen**

In nächster Zeit ist geplant, zu folgenden Themen Veranstaltungen durchzuführen:

● **„Bundespräsidentenwahl 2016 – Wahlwiederholung der Stichwahl“**

ReferentInnen: Dr. Klaus Wallnöfer und Mag.ª Elke Larcher-Bloder, beide Abt. Verfassungsdienst, Land Tirol; Martin Mitter, Daten-Verarbeitung-Tirol GmbH – DVT;

Diese Schulungsveranstaltung wird am **Dienstag, den 13. September 2016,** bei Bedarf zweimal am angeführten Tag, im Tiroler Bildungsinstitut Grillhof als „Halbtagesveranstaltung“ angeboten werden.

● **„Aktuelle Änderungen der Meldegesetz-Durchführungsverordnung und Ausbildung zu Registration Officers“**

Referenten: Mag. Othmar Sprenger, Landespolizeidirektion Tirol zum Thema „Meldegesetz“ und Dr. Arno Abler, CommunalConsultNetwort, zum Thema „Registration Officers“

Aktuelle Änderungen im Meldegesetz sind die Ausgangsbasis für ein Vertiefungsseminar. Darüber hinaus werden aktuelle Fragen zum Meldegesetz aus der Sicht der Gemeinde diskutiert. Die Veranstaltung wird am Vormittag und Nachmittag angeboten und parallel dazu werden Interessierte (auch am Vormittag oder Nachmittag) zu Registration Officers (RO) ausgebildet. Diese TeilnehmerInnen sind mit der Ausbildung berechtigt, die

Foto: Julia Moll

Mag. Clemens Peer
Geschäftsführer-Stv.

Adamgasse 7a
6020 Innsbruck

Tel. 0512 587 130-12
Fax: 0512 587 130-14

E-Mail: c.peer@gemeindeverband-tirol.at
Internet: www.gemeindeverband-tirol.at

Handysignatur für Dritte auszustellen.

Diese Schulungsveranstaltungen werden am **Montag, den 19. September 2016**, im Tiroler Bildungsinstitut Grillhof jeweils als „Halbtagesveranstaltung“ angeboten werden.

● **„Öffentliche Straßen und Wege – Gemeinderelevante Bestimmungen des Tiroler Straßengesetzes“**

Referentin: Mag.ª Gudrun Reyman, Abt. Verkehrsrecht beim Amt der Tiroler Landesregierung;

Die TeilnehmerInnen setzen sich mit aktuellen Fragen des Tiroler Straßengesetzes auseinander und diskutieren relevante Fragestellungen. Inhaltliche Schwerpunkte sind: Bau und Erhaltung von Straßen, Bewilligungspflichten, Anzeigepflichten, Straßenbaubewilligungen, Enteignung, Widmung, Straßenbaulast.

Diese Schulungsveranstaltung wird am **Montag, den 26. September 2016,** vormittags, im Tiroler Bildungsinstitut Grillhof als „Halbtagesveranstaltung“ angeboten werden.

● **Seminar „Amtliche Texte verständlich schreiben“**

Referentin: Sabine Kramer, Trainerin und Beraterin mit den Schwerpunkten „Kundenorientierung und Kommunikation;

In diesem Seminar geht es um den Aufbau und die moderne Textgestaltung. Im Seminar wird auf folgende Schwerpunktfragen eingegangen: Wann ist ein Text verständlich? Welche Formulierungen sind akzeptanzerhöhend und gleichzeitig verständlich für die Ansprechpartner in der Hoheitsverwaltung? Wie komme ich zu verständlichen Aussagen bei Auskünften, Zu- und Absagen, bei einem Bescheid oder bei einem Vertrag? Darüber hinaus geht es in diesem Seminar um den passenden Ausdruck und einer Analyse des Mitteilungsstils sowie dem Texten mit klaren und zeitgemäßen Formulierungen.

Diese Schulungsveranstaltung wird am **Dienstag, den 4. Oktober 2016**, im Tiroler Bildungsinstitut Grillhof als „Ganztagesveranstaltung“ angeboten werden.

● **„Praxisseminar Baurecht“**

Referenten: Ing. Mag. Peter Draxl, Bauamt der Gemeinde Inzing und Arch. DI Robert Pirschl;

Im Rahmen dieser Veranstaltung setzen sich die Vortragenden mit praxisrelevanten Fragen aus dem Rechtsbereich „Baurecht“ lösungsorientiert auseinander und bieten damit eine wertvolle Hilfestellung für die in Bauämtern tätigen TeilnehmerInnen.

Diese Schulungsveranstaltung wird am **Mittwoch, den 05. Oktober 2016**, im Tiroler Bildungsinstitut Grillhof als „Ganztagesveranstaltung“ angeboten werden.

● **„Führungskräftelehrgang für Bürgermeister(-stellvertreter)Innen“**

ReferentInnen: Eduard Zwierlein, Luise Vieider, Bernhard Scharmer, Peter Stockhauser, Clemens Peer u.a.

Ab 13. Oktober 2016 wird im Tiroler Bildungsinstitut Grillhof ein Führungskräftelehrgang angeboten.
Kerninhalte des Lehrgangs sind: Führung gestalten, Kernaufgaben in einer Gemeinde, Gemeindemanagement, Kommunikation, Budget- und Finanzverwaltung, Dienst- und Besoldungsrecht und Raum- und Bauordnungsrecht.
Die Zielgruppe sind BürgermeisterInnen und BürgermeisterstellvertreterInnen.

● **Praxisseminar „Grundlagen der Lohnverrechnung““**

ReferentInnen: Ronald Psaier und Melanie Kofler, beide Abt. Buchhaltung beim Amt der Tiroler Landesregierung;

Ausgehend von den relevanten Grundlagen (Steuerrecht, Sozialversicherungsrecht) werden in diesem Seminar die verschiedenen Arten von „Bezügen“, „sonstigen Bezügen“ und „Abzüge“ für DienstnehmerInnen behandelt. Darüber hinaus geht es um Dienstgeberabgaben

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber:
Tiroler Gemeindeverband

Geschäftsführer des Medieninhabers: Mag. Peter Stockhauser

Anschrift: 6020 Innsbruck,
Adamgasse 7a
Tel. 0 512/58 71 30
Fax: 0 512/58 71 30 - 14
E-Mail:
tiroler@gemeindeverband-tirol.at

Redaktionsleitung: Peter Leitner

Hersteller: Raggl Druck GmbH
Rossaugasse 1, 6020 Innsbruck

Erscheinungsweise:
Alle 2 Monate
Erscheinungsort: Innsbruck
Bezug: gratis

Offenlegung gem. § 25 MedG.
Medieninhaber:
Tiroler Gemeindeverband
Adamgasse 7a, 6020 Innsbruck

und um Praxis-Fragen wie Brutto-/Netto-Vorgaben, Berechnung des Jahressechstel, Erklärung des Lohnkontos, Säumniskosten bei falschen An- oder Abmeldungen, etc.

Diese Schulungsveranstaltung wird am **Montag, den 24. Oktober 2016**, im Tiroler Bildungsinstitut Grillhof als „Ganztagesveranstaltung" angeboten werden.

Die Einladungen samt Details zu den Veranstaltungen wurden bzw. werden im Wege des Tiroler Bildungsinstituts Grillhof, Grillhofweg 100, 6080 Innsbruck, zeitgerecht ausgesandt. Die Seminarbeschreibungen finden Sie auch auf der Homepage des Tiroler Gemeindeverbandes.

Für allfällige Rückfragen stehen die MitarbeiterInnen des Tiroler Gemeindeverbandes in Innsbruck jederzeit gerne zur Verfügung.

Personalia

Bgm. Hubert Pixner, Navis	50
Bgm. Ing. Georg Hofmann, Heinfels	55
Bgm. Bernhard Zisterer, Kramsach	60
Alt-Bgm. Leonhard Widauer, Unterperfuss	65
Vize-Präs. Bgm. Franz Hauser, Schwendau	55
Bgm. Oswald Krabacher, Karrösten	60
Bgm. Martin Kärle, Hinterhornbach	55
Bgm. Isabella Blaha, Scharnitz	65
Alt-Bgm. Thomas Schennach, Ehrwald	75
Bgm. Karl-Josef Schubert, Vomp	50
Bgm. Andreas Kröll, Finkenberg	55
Alt-Bgm. Ök.-Rat Otto Keller, Vils	90

we-tirol.at

christian.switak
@we-tirol.at

walter.soier
@we-tirol.at

Partner der Gemeinden im schönsten Land der Welt.

Wir sind für Sie da.
Hotline: 0512 5393-888

*wohnungs*eigentum

Hier bin ich daheim.